Ministerium für Landesentwicklung
und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
Postfach 3653
39011 Magdeburg

vorerst per E-Mail an: Helke.Klein@mlv.sachsen-anhalt.de,
Christine.Flach@mlv.sachsen-anhalt.de

26.02.2019

Antrag der Stadt Wernigerode und der Winterberg Schierke GmbH auf Wiederherstellung des Raumordnungsverfahrens für das Vorhaben „Natürlich. Schierke Wander- und Skigebiet Winterberg“
Ihr Zeichen: 24.31-20223/11-00038.2 und 24.3-20223/11-00038.2

Hier: ergänzte Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren, Stellungnahme zum Zielabweichungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Landesbüro Naturschutz Niedersachsen GbR (f. LabüN) gibt im Namen seiner Gesellschafterverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Niedersachsen e.V., Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen e.V., Naturschutzbund Deutschland (NABU) Landesverband Niedersachsen e.V. sowie Naturschutzverband Niedersachsen e. V. (NVN) unten stehende ergänzte Stellungnahme ab.
A. Vorbemerkungen

I. Zum Beteiligungsverfahren


Auch, wenn unzweifelhaft ist, dass das betroffene Gebiet in Sachsen-Anhalt liegt, gelangen wir hinsichtlich der Betroffenheit – nicht zuletzt aufgrund des engen inhaltlichen Zusammenhangs mit dem länderübergreifenden Raumordnungsverfahren – nach wie vor zu einem anderen Ergebnis, das wir ebenfalls zum Gegenstand dieser Stellungnahme machen:

Gemäß § 11 Abs. 1 LeEntwG LSA ist im Zielabweichungsverfahren eine Beteiligung der betroffenen öffentlichen sowie sonstigen fachlich berührten Stellen erforderlich.

Ausweislich der Unterlage zum Zielabweichungsverfahren ergeben sich negative Auswirkungen auf das Vorranggebiet für Natur und Landschaft „XXIV. Hochharz“, weshalb die Zielabweichung beantragt wird. Konkret soll vom Ziel Z 118 und Z 119 abgewichen werden. Das Ziel Z 119 legt fest


Dementsprechend sehen wir auch die niedersächsischen Umweltverbände als von der Zielabweichung betroffene Stellen und damit als im Verfahren zu beteiligen an.

Gestützt wird unsere Auffassung durch ein Positionspapier des Ausschusses für Recht und Verfahren der Ministerkonferenz für Raumordnung aus 2010.1 Dort heißt es zu Zielabweichungsverfahren unter Punkt 2.4.2, im Interesse einer umfangreichen Sachverhaltsermittlung, solle der Kreis der zu Beteiligenden weit gefasst werden. Empfohlen wird explizit auch die Beteiligung öffentlicher Stellen angrenzender Länder, dies solle entsprechend der Aufstellung von Raumordnungsprogrammen er-

1 Abrufbar unter https://www.ml.niedersachsen.de/download/132878
folgen, um auch die grenzüberschreitenden Auswirkungen der Zielabweichung abschätzen zu kön-
nen. In Ihrer Antwort vom 20.02.2019 haben Sie dies zwar aufgegriffen, allerdings unsere Beteili-
gung erneut mit dem Argument, dass es um ein in Sachsen-Anhalt verortetes Ziel der Raumordnung
gehe, verneint. Dass Ziele der Raumordnung sich jeweils nur auf ein Bundesland erstrecken, liegt in
der Natur der Sache und kann kein Grund sein, grenzüberschreitende Auswirkungen zu verneinen.

Darüber hinaus sehen wir einen engen inhaltlichen Zusammenhang zwischen Zielabweichungsver-
fahren und Raumordnungsverfahren, da beide Verfahren der Realisierung des Vorhabens „Natür-
lisch.Schierke“ dienen sollen. In der Raumverträglichkeitsuntersuchung des Raumordnungsverfah-
rens wird das Zielabweichungsverfahren als Instrument benannt, um eine Raumverträglichkeit mit
dem Vorranggebiet Natur und Landschaft herzustellen (u.a. S. 6). Insofern kann das Zielabwei-
chungsverfahren in diesem Fall als „Tell“ des Raumordnungsverfahrens gesehen werden, auch,
wen es sich formal um zwei verschiedene Instrumente handelt.

II. Zu Raumordnungs- und Zielabweichungsverfahren

Bereits in Ihrem Anschreiben vom 26. Juli 2016 führen Sie u. a. aus, dass gemäß § 15 Raumord-
nungsgesetz (ROG) im anhängigen Verfahren die Raumverträglichkeit raumbedeutsamer Planun-
gen und Maßnahmen geprüft wird. Wir stellen daher fest, dass wir den gesetzlichen Anforderungen
entsprechend an dieser Stelle überwiegend nur zu Sachverhalten Stellung beziehen, die hinsichtlich
der Raumbedeutung relevant sind. Zu Detailfragen einer Entwurfs- oder Ausführungsplanung
können wir sachgerecht erst im Zuge weiterer Verfahren der Bauleitplanung (Umweltbericht zum
Bebauungsplan mit Nebengutachten), Planfeststellungsverfahren (mit landschaftsplanerischen Be-
gleitplänen und naturschutzfachlichen Nebengutachten) oder wasserrechtlichen Genehmigungen
(mit landschaftsplanerischen Begleitplan und naturschutzrechtlichen Nebengutachten) (z. B. Bau
und Betrieb Seilbahn, Bau und Betrieb Speicherteich) oder sonstiger Bauverfahren Stellungnahmen
abgeben.

Zusammengefasst ist daher festzustellen: Ergebnis des Raumordnungsverfahrens kann nur die Fest-
stellung sein, ob das Vorhaben als solches im Raum verträglich ist, nicht jedoch, ob nur eine einzelne
Alternative (die Vorzugsalternative der Vorhabenträgerin) raumverträglich ist.

Die Raumverträglichkeitsuntersuchung kommt zunächst zu dem Ergebnis, dass sämtliche in der
Raumverträglichkeitsuntersuchung vorgestellten Alternativen nicht raumverträglich sind. Diese
Auffassung teilen wir vollumfänglich!

Dementsprechend beantragt die Vorhabenträgerin ein Zielabweichungsverfahren. D.h., die Raum-
verträglichkeit kann vorliegend nur auf Basis einer Zielabweichung hergestellt werden. Aus diesem
Grund werden wir uns im Folgenden gleichermaßen zum Raumordnungsverfahren (Abschnitt B)
und zum Zielabweichungsverfahren (Abschnitt C) äußern. Beide Verfahren hängen inhaltlich stark
zusammen und bedürfen daher einer gemeinsamen Betrachtung.

Zunächst müssen wir feststellen, dass die vorgelegte Unterlage zum Zielabweichungsverfahren
nicht geeignet ist, sämtliche raumbedeutsamen Sachverhalte vollständig zu prüfen. Die Unterlage
stellt in allen wesentlichen Teilen allein auf die Vorzugsalternative der Vorhabenträgerin ab und
greift damit unsachgemäß in die hoheitlichen Zuständigkeiten der planfeststellenden Behörden und
hinsichtlich der Bauleitplanung in das kommunale Selbstverwaltungsrecht der Stadt Wernigerode

Die Unterlage zum Zielabweichungsverfahren ist vollständig zu überarbeiten und neu auszulegen:

- Die Beschreibung des Gesamtvorhabens stellt allein auf die Vorzugsalternative der Antragsstellerin ab, nicht auf die Zielabweichung anderer planfestzustellender Lösungsansätze
- die Antragserfordernis und die Antragsberechtigung sowie die Zielabweichung wird nur im Hinblick auf das LEP-LSA-2010 Sachsen-Anhalt geprüft, nicht jedoch hinsichtlich des LROP Niedersachsen.

Nachfolgend werden trotz der offensichtlichen Ungeeignetheit der Unterlagen bereits weitere fachliche Hinweise zu Raumordnungs- und Zielabweichungsverfahren gegeben.

B. Raumordnungsverfahren

I. Formelle Rechtmäßigkeit des Verfahrens

Das bisherige Verfahren lässt zahlreiche substanzielle Mängel erkennen, die nur zu dem Ergebnis führen können, dass das Vorhaben „NatürlichSchierke“ mit den raumordnerischen Belangen unvereinbar ist.

Das bisherige Verfahren erweckt den Anschein, dass der für ein Raumordnungsverfahren geltende rechtliche Rahmen nicht vollständig bekannt ist. Dies gilt insbesondere für folgende Punkte nahe.

- Prüfung der raumbedeutsamen Auswirkung der Planung auf überörtliche Gesichtspunkte
- Vorlage der Verfahrensunterlagen bei der für Raumordnung zuständigen Landesbehörde durch den Träger der Planung

Dies wird im Weiteren auszuführen sein.

1. Zum Träger der Planung


Landesbüro Naturschutz Niedersachsen GbR | Große Düwelstr. 28 | 30171 Hannover
Tel: 0511 / 84 86 73 8-0 | Fax: 0511 / 84 86 73 8-9 | E-Mail: info@labuen.de
Internet: www.labuen.de

Seite 4 von 73
2. Zum Gegenstand des Raumordnungsverfahrens

Einer Klärung bedarf zudem die Frage, was genau Gegenstand des Raumordnungsverfahrens sein soll.


Ausgehend von den Ausführungen im Rahmen der Raumverträglichkeitsuntersuchung ist folglich festzustellen, dass Gegenstand des hier vorliegenden Raumordnungsverfahrens ausschließlich die vom Vorhabenträger gewählte Alternative 5 ist, sich hingegen der Prüfauftrag der zuständigen Landesentwicklungsbehörde gerade nicht auf die weiteren Alternativen erstreckt, für die der Vorhabenträger auch keine geeigneten Prüfunterlagen vorgelegt hat.

Sollte sich also die gewählte Alternative 5 als nicht raumverträglich erweisen, muss für die Realisierung einer etwaigen anderen Alternative zuvor ein neues Raumordnungsverfahren durchgeführt werden.

3. Zur Ungeeignetheit der vorgelegten Unterlagen

Die im Raumordnungsverfahren vorgelegten Unterlagen zur Beurteilung der Raumverträglichkeit des Vorhabens sind gemessen an dem Anforderungsprofil für die überörtliche und überfachliche Prüfungsebene der Raumordnung schlicht und ergreifend ungeeignet.

Bereits in der ersten Phase des ROV hatten Sie unter anderem ausgeführt, dass gemäß § 15 ROG im anhängigen Verfahren die Raumverträglichkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen geprüft wird. In das Raumordnungsverfahren gehören aber nicht die Detailfragen einer Entwurfs- oder Ausführungsplanung, wie sie im Verfahren der Bauleitplanung (Umweltbericht zum Bebauungsplan mit Nebengutachten), in einem Planfeststellungsverfahren oder in einem Verfahren der wasserrechtlichen Erlaubnisse oder Genehmigungen zu diskutieren sind.

Die Stadt Wernigerode hat die seit der ersten Beteiligung im Jahr 2016 verstrichenen zweieinhalb Jahre intensiv genutzt, um die Unterlagen zum Verfahren grundlegend zu überarbeiten und zu erweitern.

Auszublicklich begrüßt wird, dass die Stadt einige Anregungen aus unserem Schreiben vom 09.09.2016, insbesondere zu möglichen Alternativen aufgegriffen hat.


Trotzdem verstricken sich die beauftragten Fachplaner viel zu früh in vielfältigen umwelt- und naturschutzfachlichen Details, offensichtlich in der Annahme, bereits im Raumordnungsverfahren würde über Details der Planungen entschieden. Dies ist jedoch nicht der Fall: Im Raumordnungsverfahren wird weder über den exakten Verlauf einer Seilbahntrasse mit definierten Standorten von Tal-, Mittel-, und Bergstationen entschieden, noch die Lage eines Speicherteichs exakt verortet oder über die Trassen der Skipisten abschließend entschieden.

Die Entscheidung über die Trasse der Seilbahn, die Standorte von Talstation, Mittelstation und Bergstation sowie die Anzahl und Positionen der Stützen erfolgt ebenso wie die Verortung des Speichersees erst in den Planfeststellungen zum Bau und Betrieb beider Anlagen. Erst wenn die Anlagen positioniert sind, kann abschließend über den Verlauf der Skipisten entschieden werden.

Die Antragsstellerin teilt diese Auffassung! Die Stadt Wernigerode führt im vorliegenden Entwurf des Bebauungsplans Nr. 50 "Natürlich Schierke" aus: "Über die Errichtung der Seilbahn und die Herstellung des Speichersees mit dazugehörenden Anlagen sind selbständige Planfeststellungsverfahren (...) durchzuführen".

Demzufolge ist es nicht nachvollziehbar, dass sich die Raumverträglichkeitsuntersuchung von vornherein auf die Alternative 5 festlegt und die raumordnerische Verträglichkeit sonstiger Varianten gar nicht zum Gegenstand des Raumordnungsverfahrens macht. Ebenso wenig ist nachvollziehbar, dass sich die einzelnen Fachgutachten jeweils auf insgesamt 4 verschiedene Einzelgegenstände erstrecken, nämlich die Seilbahn, die Skipiste, den Speichersee nebst künstlicher Beschneidung und dem von der Stadt Wernigerode vorgesehenen Bebauungsplan Nr. 50. Soweit der oder die Verhabeberträger hiermit bereits den Verfahrensweg vorzeichnen wollen, den aus ihrer Sicht die einzelnen Teile des Projekts offensichtlich nehmen sollen, ist auch dies fehlerhaft, da die Vorgaben des § 78 VwVfG offenkundig missachtet werden sollen. Soweit für die einzelnen Gegenstände des Projekts Planfeststellungen erteilt werden müssen, kann dies nicht, wie von dem oder den Verhabeberträger(n) offenbar geplant, scheibenweise in Einzelverfahren erfolgen, vielmehr ist das Gesamtprojekt gemäß § 78 VwVfG einer einheitlichen Planfeststellung zuzuführen. Lediglich der Bebauungsplan der Stadt Wernigerode wäre separat in dem dafür vorgesehenen Verfahren aufzustellen.

Die nun vorgelegten Verfahrensunterlagen, die mehrere 1000 Seiten umfassen und mehrere, auf das konkrete Projekt „Alternative 5“ zugeschnittene Natura 2000-Vorprüfungen, Natura 2000-Verträglichkeitsprüfungen, Natura 2000-Ausnahmeprüfungen und eine auf das konkrete Vorhaben bezogenen UVP-Bericht beinhalten, zielen offenbar darauf ab, die zuständige Landesentwicklungsbehörde ohne hinreichende Fachkompetenz in die Prüfung der dezidiert fachplanungsrechtlichen Fragen zu treiben und läuft damit auf einen Übergriff der Raumordnung in die nachgelagerte Fachplanung hinaus.

Die erdgültige Entscheidung über die Anlegung eines Skigebietes an einem bestimmten Standort unterliegt dabei als fachplanerische Entscheidung der jeweils nach Landesrecht zuständigen Behörde. Wird dem vorangegangen die Landesplanung auf raumplanerischer Ebene tätig, so muss sich
die raumordnerische Entscheidung in den für sie gezogenen Kompetenzgrenzen halten, sodass die jeweiligen Kompetenzbereiche voneinander abgegrenzt werden müssen. Für diese Abgrenzung der Fachplanung entscheidend sind die unterschiedlichen Aufgaben von Raumplanung und Fachplanung sowie die arbeitsteilige Aufgabenstruktur der beiden Planungsträger, die sich vom Verhältnis der vertikalen Planungshierarchie zwischen Landesplanung und Bauleitplanung grundlegend unterscheiden (vgl. dazu nur Vgl. Steinberg/Wickel/Müller, Fachplanung, § 3 Rn. 81).


Die zum Raumordnungsverfahren vorgelegten Unterlagen missachten jedoch die Begrenzung der Prüfungs- und Beurteilungsmaßstäbe der Raumordnung. Insbesondere die die technischen Berichte und die Umweltprüfungen, die ausschließlich die sog. Vorzugsvariante in den Blick nehmen, sind für ein Raumordnungsverfahren ungeeignet.


Diese Bedingungen und Vorgaben können aber nicht als Voraussetzung für die Feststellung der Raumverträglichkeit herangezogen werden, da hiermit der Zuständigkeitsbereich der Raumordnung verlassen wird.

Insgesamt betrachtet ist damit das Raumordnungsverfahren abzubrechen und dem Vorhabenträger bzw. dem Vorhabenträger aufzugeben, geänderte Verfahrensunterlagen einzureichen, die dem Prüfungsmaßstab des Raumordnungsverfahrens entsprechen. Hierbei ist dem/n Vorhabenträger/n zudem zu empfehlen, auch ausdrücklich Alternativen zum Gegenstand der landesplanerischen Beurteilung zu machen.


4. Zur fehlenden Auslegung von Unterlagen
Die unterlassene öffentliche Auslegung einer Vielzahl von Unterlagen ist rechtswidrig und führt dazu, dass das Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung nicht den rechtlichen Vorgaben entspricht. Nimmt man an, dass die Untersuchungen über die regionalökonomischen Effekte des geplanten Projektes am Winterberg, die die tragende Grundlage für die Beurteilung der angeblich positiven raumordnerischen Auswirkungen in Bezug auf Wirtschaft und Tourismus bildet, nicht Bestandteil
der Verfahrensunterlagen sein sollen, muss die Frage gestellt werden, warum dann die Natur-2000-Verträglichkeitsprüfungen und -vorpürungen sowie die Ausnahmeprüfungen für das konkrete Projekt und die Vielzahl an sonstigen fachlichen Begutachtungen zu Hydrologie, Geophysik, Schall, Sprengungen, Verkehrsbericht, Wachsaubriebl, diverse Begutachtungen zur Fauna und Flora und vor allem technische Berichte über geplante Maßnahmen (überschrieben mit „Planfeststellungsverfahren“ (I)), das Wegekonzept, die konkrete Auswahl der Seilbahn, Förderbänder, Beschneidung und technische Details zur Herstellung eines Speichersees zum Bestandteil der Verfahrensunterlagen im Raumordnungsverfahren gemacht wurden, während angeblich das einzige Dokument, das die ökonomischen Effekte des Gesamtprojekts in den Blick nimmt, kein Verfahrensbestandteil sein soll. Es drängt sich der Verdacht auf, dass hier versucht worden sein könnte, ein Gutachten wegen dezidiert negativer Aussagen über das Vorhaben, die dann auch in der Raumverträglichkeitsuntersuchung in dieser Form gar nicht mehr auftauchen, der Öffentlichkeit vorzuenthalten.

In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass sich aus dem zwischenzeitlichen überlassenen Gutachten Montenus Consult 2018 weitere Unterlagen ergeben, die nicht öffentlich ausgelegt wurden.


5. Zur Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren
Wir monieren darüber hinaus eine Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Raumordnungsverfahren. Wie bereits ausführlich dargelegt, übersteigen die im Raumordnungsverfahren vorgelegten Unterlagen des für die raumordnerische Prüfung Gebotene bei weitern und verlassen den raumordnerischen Prüfungsmaßstab durch Vorlage konkreter Projektunterlagen, wie sie für das Planfeststellungsverfahren zu erstellen sind. Die Überlegung, dass viel auch viel helfen könne, greift hier wegen des Überbegriffs in den fachplanungsrechtlichen Zuständigkeitsbereich gerade nicht. Sie ist auch nicht richtig, da die Unterlagen für das Raumordnungsverfahren offenbar gezielt so aufbereitet wurden, dass selbst der interessierte und geneigte Leser mit endlosen und seltenen Wiederholungen konfrontiert wird, die für eine sachangemessene Beantwortung der sich stellenden raumordnerischen Fragen schlicht unnötig sind.

Die Aufspaltung in die Betrachtung von Teilvorhaben ist nicht nachvollziehbar, da für die Ebene der Raumordnung das Gesamtvorhaben und nicht dessen einzelne Bestandteile der maßgeblichen Betrachtungsgegenstand sind.

Offenbar wird hier das Raumordnungsverfahren missbraucht, um die Öffentlichkeit mit einer Vielzahl von Unterlagen zu fluten, die für den Betrachtungsgegenstand nicht erforderlich sind und die gerade auch die zuständige Raumordnungsbehörde, die für den Abschluss des Raumordnungsverfahrens strengen zeitlichen Bindungen unterliegt (im Gegensatz zum Planfeststellungsverfahren!), in zeitliche Schwierigkeiten bringen. Nachdem der Vorhabenträger bzw. die Vorhabenträger das Raumordnungsverfahren über 2 Jahre hatten aussetzen lassen, um die Verfahrensunterlagen anzupassen, ist es nun Aufgabe der Landesentwicklungsbehörde für Waffengleichheit zu sorgen, indem der Öffentlichkeit zumutbare Fristen zur Äußerung gewährt werden und zugleich im Rahmen des Erörterungstermins, der nach den Vorgaben des sachsen-anhaltischen Landesentwicklungsgesetzes
im vorliegenden Fall verbindlich vorgesehen ist, eine ausführliche Erörterung auch solcher Einwände zugelassen wird, die nicht bereits schriftlich vorgetragen wurden.

In diesem Sinne fordern wir Sie auf, uns rechtzeitig hinsichtlich der Terminplanung für den Erörterungstermin zu informieren.


II. Raumverträglichkeit des Vorhabens


1. Machbarkeit des Vorhabens
   a) Anbindung an das Skigebiet „Wurmburg"

1) Organisatorische Anbindung


Die Vorhabenträgerin schließt in der Alternativenprüfung der Raumverträglichkeitsuntersuchung (Kap. 2.3.1) die Alternative 7 u. a. deswegen aus, weil angeblich ein kleines Privatgrundstück von
der Seilbahn berührt werden würde. Indem die Antragstellerin die Anbindung ihres Skigebiets "Winterberg" an das Skigebiet "Wurmberg" plant, verfügt sie ohne Nachweis des Einverständnisses über Eigentum des Landes Niedersachsen, vertreten durch das Niedersächsische Forstamt Lauterberg.

Im Hinblick auf die Machbarkeit des Vorhabens verweist die Vorhabensträgerin auf diverse, eher allgemeine Gespräche mit der Stadt Braunlage, sie verkennt jedoch, dass die Stadt Braunlage weder Mehrheitsseigentümerin noch Betreiberin des Skigebiets "Wurmberg" und damit der falsche Ansprechpartner in diesem Anliegen ist.


2) Technische Anbindung


So wird also eine sehr große Anzahl an Skifahrern versuchen, von Schierke über das Rodelhaus an den Wurmberg zu gelangen. Am Rodelhaus angekommen werden diese Skifahrer jedoch feststellen, dass es:

1. an diesem Punkt des Skigebiets „Wurmberg“ keine Aufstiegshilfe (Sessellift) auf den Wurmberg gibt, folglich zunächst zum „Hexenrittsparkplatz“ abzufahren ist.
3. die Skipiste mit der Breite eines Fahrweges (maximal 4 m) zu eng ist, um bei guter Schneequalität eine große Anzahl an Skifahrern verkehrssicher zum „Parkplatz Hexenritt“ zu führen.

Bevor über die Raumverträglichkeit des Vorhabens „Natürlich Schierke“ entschieden werden kann, ist in einer durch Absichtserklärungen ergänzten Machbarkeitsstudie darzulegen, dass:

2. es öffentlich rechtlich möglich ist, die erforderlichen Ausbauten (Sessellift, Pistenbau, Beschneiungsanlage mit zusätzlichem Schneiteich – der vorhandene Schneiteich verfügt nicht über hinreichende Kapazitäten) – im Landschaftsschutzgebiet „Harz (Landkreis Goslar)“ zu genehmigen. Hierzu sind weitere umfangreiche umweltbezogene Unterlagen und eine aktualisierte RVU vorzulegen.

b) **Jährliche Wasserentnahmevermehrung aus der Kalten Bode**

Die Antragsstellerin führt aus, dass die Wassermenge, die zur Befüllung des Speichersees aus der "Kalten Bode" entnommen werden soll, auf 70.000 m³/jahr begrenzt werden soll. Die Fa. Klenkhart & Partner Consulting ZT GmbH hat vor einigen Jahren eine ähnlich geringe jährliche Wasserentnahme aus der "Warmen Bode" für das Skigebiet "Wurmberg" ermittelt. Obwohl die aktuell beschneibare Fläche im Skigebiet "Wurmberg" eine ähnliche Größe aufweist wie die geplante Schneefläche im Skigebiet "Winterberg", musste die jährliche Entnahmemenge im Skigebiet "Wurmberg" zwischenzeitlich verdoppelt werden. Bevor über die Raumverträglichkeit der Planung entschieden werden kann, ist zu prüfen:

- welche Auswirkungen eine Erhöhung der jährlichen Wassermenge auf das Ökosystem der Kalten Bode hat,
- inwiefern die Wasserentnahme mit den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie vereinbar ist,
- welche Auswirkungen eine erhöhte Vor- und Nachbeschnelung auf den Wasserabfluss hat [s. dazu auf S. 118 der FFH-VP für das FFH-Gebiet „Hochharz“]
- und ob das Skigebiet "Winterberg" bei deutlich erhöhten Schneikosten auch ohne die ange strebte, nach Meinung von Experten des Skisports existenzielle Anbindung an das Skigebiet "Wurmberg" noch nachhaltig wirtschaftlich betrieben werden kann.

c) **Waldumwandlungen in Niedersachsen**

Insbesondere im Rahmen des Pistenbaus, aber auch mit Errichtung des Speichersees und der Seilbahntrasse mit ihren Stationen wird Wald großflächig in eine andere Nutzung überführt.

Der UVP-Bericht stellt die Inanspruchnahme und Kompensation von Wald im Land Sachsen-Anhalt fachgerecht dar. Verschieben wird jedoch, dass der Anschluss an das Skigebiet "Wurmberg" nur möglich ist, wenn das Land Niedersachsen, vertreten durch das Forstamt Bad Lauterberg, einer Waldumwandlung innerhalb seines Eigentums privatrechtlich zustimmt, ein Waldausgleich nach dem Niedersächsischen Waldgesetz (NWaldLg) möglich und dieser auch mit den Festsetzungen der LSG-Verordnung "Harz (Landkreis Goslar)" vereinbar ist.

Vor Entscheidung über die Raumverträglichkeit des Vorhabens ist die Machbarkeit in diesem Punkt nachzuweisen.
d) Bau von Skipisten in Niedersachsen

Im Hinblick auf die Machbarkeit des Vorhabens ist seitens der Antragstellerin bisher völlig unberechtigt geblieben, dass der Bau von Skipisten in Niedersachsen der UVP nach dem Niedersächsischen Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt.

Vor Entscheidung über die Raumverträglichkeit des Vorhabens ist daher die Umweltverträglichkeit der Errichtung einer weiteren Skipiste in Niedersachsen nachzuweisen.

2. Vorbehaltsgebiet für Tourismus und Erholung, Vorrangstandort großflächige Freizeitanlagen


Diese Darstellung ist irreführend:

Zunächst liegt die Vorhabenfläche (ebenso wie Teile der im REP Harz ausgewiesenen Vorrangfläche) entgegen der Darstellung in der RVU nicht im Vorbehaltsgebiet des LEP.

Im LEP 2010 wird nämlich zunächst folgender Grundsatz festgelegt:

„G 139 Die Naturparke Drömling, Dübener Heide, Fläming, Harz, Saale-Unstrut-Triasland und Unteres Saaletal dienen in besonderem Maße einer naturbetonten und naturverträglichen Erholung. Ihr Bekanntheitsgrad soll gestärkt und ihr touristisches Angebot insbesondere an Wander-, Rad- und Reitwegen sowie Informationsstellen ausgebaut und dauerhaft unterhalten werden.“


Sodann lautet Z 144 des LEP, auf das sich die RVU offenbar bezieht:

„Vorbehaltsgebiete für Tourismus und Erholung sind Gebiete, die aufgrund landschaftlicher und naturnaher Potenziale sowie der Entwicklung und/oder des Bestandes an touristischen und kulturellen Einrichtungen für den Tourismus und die Erholung besonders geeignet sind. Diese Gebiete sind zu wirtschaftlich tragfähigen Tourismus- und Erholungsgebieten zu entwickeln.

G 142 Als Vorbehaltsgebiete für Tourismus und Erholung werden festgelegt:

(...)"

4. Harz

Zunächst verschweigt die RVU, dass die Festlegung des Vorbehaltsgebietes selbst nur im Wege eines Grundsatzes der Raumordnung erfolgt. Entscheidung ist aber, dass die mit der Alternative 5 in
Rede stehende Vorhabenfläche selbst gar nicht in das Vorbehaltsgebiet Tourismus und Erholung fällt, wie die kartenmäßige Darstellung in der RVU zeigt.

Dieser Bericht wird bestätigt durch den Umweltbericht zum Regionalplan Harz, wo es auf S. 150 heißt:

„Zum Projekt Schierke 2000:

LEP: VRG Natur und Landschaft (westlich bis nordöstlich des Ortes)

VBG Tourismus/Erholung (südwestlich des Ortes und die Ortslage selbst)...


3. Veraltetes LROP und Nichtberücksichtigung von Zielen des LROP 2017


Auf Basis des LROP 2017 geben wir dazu folgende Hinweise:


Im textlichen Teil wird zu den Querungshilfen des Biotopverbunds zudem folgendes Ziel formuliert:


4. Alternativenprüfung
Die RVU schließt selbst die Varianten 1 bis 4 aus einer näheren Betrachtung aus, weshalb nachfolgend nur noch auf die – anfänglich – verbliebenen Alternativen 5 bis 8 eingegangen wird. Aber auch bei diesen ist eine Betrachtung der Details müßig, sondern es genügt eine Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Fazit.

a) Darstellung und Bewertung der Alternativen in der RVU
Alternative 5 wird als Vorzugsvariante dargestellt, weshalb in der RVU die übrigen Alternativen hieran gemessen werden.

1) Zu Alternative 6
Aus der Darstellung von Alternative 6 im Vergleich zu Alternative 5 ist nicht nachvollziehbar, woraus die angeblich abschnittsweise eingeschränkte Skihangqualität dieser Alternative im Vergleich zur Alternative 5 folgen soll. Die angebliche besondere Attraktivität der Abfahrten in der Alternative 5 wird nämlich gar nicht näher begründet. In der näheren Beschreibung zur Alternative 5 heißt es:
„Die Hauptabfahrt folgt überwiegend dem Verlauf der Alternativen 1 und 2. (...)"

Im Bereich der Mittelstation wird der Vereinigungsbereich von Seilbahn und Skihang sehr schmal geführt, um angrenzende wertvolle Flächen zu schonen.“

Abgesehen davon, dass eine sehr schmale Führung des Vereinigungsbereichs von Seilbahn und Skihang gerade an gut besuchten Skihängen, zu denen das Projekt Schierke nach der Vorstellung des Antrags ja gehören soll, alles andere als ski-technisch attraktiv ist, trägt auch der Verweis auf den Verlauf der Alternativen 1 und 2 nicht dazu bei, die angeblichen Gründe für die technische Attraktivität der Alternative 5 im Vergleich zur Alternative 6 nachvollziehen zu können, da sich dort keinerlei nähere Angaben zu Länge oder Gefälle von Abfahrten finden. Dass die Windverhältnisse dazu führen können, dass die Seilbahn außer Betrieb genommen werden muss, ist bei Alternative 5 ebenso wenig auszuschließen. Der Verweis auf die bestehende Seilbahn am Wumberg zeigt, dass die Windverhältnisse jedenfalls nicht dafür verantwortlich sein können, die Seilbahn nicht kostendeckend zu betreiben. Zudem sind mögliche künftige wirtschaftliche Verluste, deren Umfang auch nach Aussage des Antrags nicht prognostiziert werden können, nach dem geltenden unionsrechtlichen Maßstab für die Beurteilung der Zumutbarkeit von Alternativen (dazu noch ausführlich) kein Grund, eine aus Sicht des Habitatschutzes vorrangige Planungsalternative aus dem weiteren Programm auszuschließen.

Die Annahme, dass die Alternative 6 aufgrund der Seitenneigung und aufgrund eines rund 100 m langen ebenen Flachstücks im Bereich der Talabfahrt „weniger attraktiv“ sein soll, nimmt ihr entgegen der Auffassung des Antrags nicht die Eignung zur Erfüllung der vom Antrag selbst definierten Planungsziele. Denn auch eine herabgesetzte Eignung zur Zielerfüllung ist vom Vorhabenträger im habitatschutzrechtlichen Kontext hinzunehmen, da er gerade keinen Anspruch auf optimale Zielerfüllung hat, wenn es Varianten für sein Vorhaben gibt, die ein Natura-2000-Gebiet gar nicht oder geringer beeinträchtigen, als die „skitechnisch attraktivere“ Variante.

In Bezug auf die Lage des Speichersees wird für diese Alternative der Vorteil der höheren Höhenlage und damit der unter einem günstigeren Produktion von Kunstschnee nicht thematisiert. Denn der See würde hier eine im Durchschnitt geringere Wassertemperatur aufweisen, sodass die Beschneiung effizienter und wirtschaftlicher durchgeführt werden könnte.

Im weiteren verkennt die Alternativenprüfung, dass die Alternative 6 aus habitatschutzrechtlicher Sicht offenkundig vorzüglich wäre, da innerhalb des FFH-Gebietes keine prioritären Lebensraumtypen betroffen wären und deshalb bereits im Grundansatz bereits fraglich ist, ob allein wirtschaftliche Erwägungen wegen zusätzlicher Investitionskosten und zusätzlicher Reparatur- und Wartungsarbeiten überhaupt als Gründe angeführt werden können, um eine solche Alternative auszuschließen. Selbst wenn man dies im Grundsatz für denkbar halten würde, fehlt es den Unterlagen an dem dann zum Nachweis erforderlichen Vergleich der jeweils erforderlichen Investitionskosten bzw. der zusätzlichen Kosten, die für diese Alternative anfallen würden. Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass planungsrechtliche Erschwernisse, die sich daraus ergeben sollen, dass sich große Teile des Projektes (Speichersee) auf Flächen einer anderen Gemeinde befinden (Gemarkung der Stadt Oberharz am Brocken/Ortsteil Elend), für die Zumutbarkeit einer Alternative auf Ebene der Raumordnung schlicht keine Rolle spielen. Zudem wird ja auch gar nicht geltend gemacht, dass eine Planung insoweit ausgeschlossen wäre, weil die Stadt Oberharz eine entsprechende Zusammenarbeit abgelehnt hätte.)
2) Zu Alternative 7

Zu dieser Alternative, die aus ähnlichen Gründen wie Alternative 6 ausgeschlossen wird, gelten die Einwendungen zu Alternative 6 entsprechend. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass die Planung der Alternative 7 sogar eine stellenweise höhere skitechnische Attraktivität zubilligt, dieser aber in der Zusammenfassung dann gar nicht mehr berücksichtigt, sondern nur noch von angeblichen wirtschaftlichen Verlusten durch die im Vergleich zu Alternative 5 angeblich eingeschränkte Attraktivität spricht. Zu beachten ist auch, dass die RVU offenbar selbst die Verminderung der skitechnischen Attraktivität nicht als besonders erheblich einordnet, prüft sie doch im dritten Anstrich einen alternativen Verzicht auf einen der beiden Hauptpistenäste, worin sie dann aber eine wesentliche negative Beeinträchtigung der skitechnischen Attraktivität erblickt. Umgekehrt bedeutet dies, dass die für die Alternative 7 behauptete Verminderung der Attraktivität der Abfahrten auch nach Auffassung der Gutachter nicht erheblich negativ zu bewerten sind.

3) Zu Alternative 8

Soweit die Argumente gegen die Variante 8 auch hier deckungsgleich bzw. im Grundansatz ähnlich sind, gelten wiederum die Ausführungen zu Alternative 6 und 7 entsprechend. Zugleich zeigt die Darstellung, dass die RVU dem Grunde nach selbst davon ausgeht, dass unter den Varianten 6-8 lediglich die Planungsvariante 8 wegen der Verlegung des Talstationsturmes eines der ange- nommenen Planungsziele nicht erfüllt. Denn nur bei dieser Alternative wird ausdrücklich erklärt, dass ein konkretes Planungsziel nicht erfüllt wird. Hiermit ist zugleich gesagt, dass alle anderen Alternativen die Ziele des Projektzes grundsätzlich erfüllen.

b) Einschätzung der Alternativenprüfung im Hinblick auf einzelne Elemente des Vorhabens

Zwar wird über die genaue Lage der einzelnen Bestandteile des Vorhabens erst im Rahmen der Planfeststellungen und der Bauleitplanung im Rahmen weiterer öffentlicher Verfahren über die Bauausführung und genaue Lage einzelner Bestandteile des Vorhabens entschieden, doch sollen hier trotzdem einige konstruktive Hinweise gegeben werden, die die Vorhabensträgerin im Hinblick auf die weiteren Verfahren ermutigen sollen, ihre Alternativenprüfung zu überarbeiten.

1) Seilbahn und Pisten


2) Seilbahn

Zunächst beschreibt die Alternativenprüfung fünf sehr ähnliche Trassenverläufe (Alternativen 1 - 5). Anhand der Merkmalsausprägung ist deutlich ersichtlich, wie flexibel eine moderne Seilbahn des geplanten Typs an die Örtlichkeit angepasst werden kann. Im Hinblick auf eine Minimierung der nachteiligen Umweltwirkungen sowie eine Kostenreduktion sind weitere Alternativen mit einer
deutlich reduzierten Anzahl an Stützen darzustellen, wie sie in Teilen der deutschen Alpen und in Österreich bereits realisiert sind.

Nachfolgend werden drei weitere Alternativen (Alternativen 6 - 8) diskutiert, die vermutlich auf frühere Einwendungen der Stellungnahmenverfasser zurückzuführen sind. Hierbei wird in unterschiedlicher Form zunächst der "Kleine Winterberg" angefahren und von dort das "Rodelhaus" erschlossen.

Unter Würdigung der einschlägigen Urteile des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) zu Natura 2000-Belangen wird im Hinblick auf das an das ROV anschließenden Planfeststellungsverfahren dringend empfohlen, insbesondere die Alternativen 7 und 8 erneut zu prüfen:


Die Seilbahn wird auf die Ursprungsänge von ca. 2.000 m reduziert, so dass keine signifikanten Mehrkosten entstehen. Da die Skipisten zwischen den Zwangspunkten variable Breiten aufweisen und flexibel verschwenkt werden können, können die Eingriffe in die Natur, insbesondere in die Natura 2000-Belange, erheblich reduziert werden.

Zwar ist die Antragsstellerin nicht verpflichtet, jede mögliche Alternative zu prüfen, doch erfordert insbesondere das FFH-Ausnahmeverfahren differenzierte Feststellungen als sie die Antragsstellerin bisher getroffen hat. Die Anforderungen an die Vermeidung und Verminderung sind im FFH-Ausnahmeverfahren der aktuellen Rechtsprechung folgend deutlich höher als in der Eingriffsregelung nach BNatSchG. Die Kohärenzsicherung greift erst, wenn wirklich alle technisch und wirtschaftlich zumutbaren Alternativen ausgeschöpft sind, siehe dazu auch unsere oben gemachten Ausführungen sowie später folgende Ausführungen.

3) Speichersee

Der Verfasser der Alternativenprüfung verschweigt den Vorteil der Alternativen 6 bis 8, dass der Speichersee im Vergleich zu den Alternativen 1 bis 5 in deutlich größerer Höhe angelegt werden würde, somit eine im Durchschnitt geringere Wassertemperatur aufweisen würde und somit die Beschneiung effizienter und wirtschaftlicher durchgeführt werden könnte.

4) Wirtschaftlichkeit

Ein wesentlicher Grund für den Ausschluss verschiedener Alternativen ist sowohl im Rahmen der Raumverträglichkeitsuntersuchung als auch insbesondere im Rahmen der FFH-Ausnahmeprüfung die unterschiedliche Wirtschaftlichkeit der Alternativen. Um die Aussagen der Alternativenprüfung im Hinblick auf die Raumverträglichkeit, insbesondere das FFH-Ausnahmeverfahren und die nachfolgenden Planfeststellungsverfahren zumindest in groben Zügen nachvollziehen zu können, ist für die dargestellten acht Alternativen vor Entscheidung über die Raumverträglichkeit ein plausibler Kostenrahmen in Form von Kostenträgerrechnungen oder vergleichbaren Standards öffentlich auszulegen.
c) Beurteilung der Zumutbarkeit der Alternativen

Zunächst ist festzustellen, dass die RVU zumindest erkennt, dass die Alternativen 6 bis 8 unter habittatschutzrechtlichen Gesichtspunkten offensichtlich vorzugswürdig sind (S. 41 der RVU). Dass nun plötzlich behauptet wird, auch die Alternativen 6 und 7 erfüllen die Planungsziele nicht, ist ange- sichts der vorangegangenen Detailprüfung doch überraschend, da dort an keiner Stelle festgestellt wurde, dass ein Teilziel nicht erreicht wird, lediglich von einer Minderung der skitechnischen At- traktivität war die Rede. In seiner „Beurteilung der Zumutbarkeit“ macht der Gutachter daraus plötzlich eine Zielverfehlung und garniert diese sogar noch mit dem Hinweis, dass hinsichtlich der Attraktivität und Nutzbarkeit des Ganzjahresgebietes die Alternative 5 für den Investor optimal wäre. Auf ein solches optimales Verhältnis besteht aber nun einmal anerkanntermaßen keinerlei rechtlicher Anspruch. Ganz im Gegenteil muss sich nach ständiger Rechtsprechung derjenige Vor- habenträger, der Alternativen zu seiner Vorzugsvariante vorweisen kann, die unter habittatschutz- rechtlichen Gesichtspunkten wie hier offenkundig vorzugswürdig sind, Abstriche am Zielerfüllungs- grad ohne weiteres zumuten lassen, auch die Aufgabe von Teiliozielen kann zumutbar sein, weshalb auch die Variante 8 als die nach Aussage des Antrags habittatschutzrechtlich vorzugsstärkste Al- ternative nicht wegen der Erfüllung eines Teilziels ausgeschlossen werden darf.

Der erste angeführte Grund gegen die Zumutbarkeit der Varianten 6 bis 8, dass die Zielerreichung nicht gegeben sei, trägt damit für keine der Varianten.


Das zweite Argument ist, dass die Investitions- und Betriebskosten höher sein können. Auch hier unterlässt es der Antrag, diese Kosten im Rahmen eines nachvollziehbaren Vergleichs konkret ge- genüberzustellen. Nur mit der Behauptung „das andere wird dann aber teurer“, lässt sich das eu- ropäische Habittatschutzrecht nun aber wirklich nicht überwinden.


Dass die in der RVU auf S. 43 noch angestellten Überlegungen zur Flächenverfügbarkeit und zum Planungsrecht keine Rolle spielen, wurde bereits oben ausgeführt.

d) Rechtliche Maßstäbe für die Alternativenprüfung nach Art. 6 Abs. 4 FFH-Richtlinie

Aufgrund der grundlegenden Fehlvorstellung, die auf Seiten des hier am Werk befindlichen Planungsteams offenbar vorherrscht, soweit es um die rechtlichen Maßstäbe für eine Alternativenprüfung aus Anlass der Feststellung einer erheblichen Beeinträchtigung der Erhaltungsziele eines Natura-2000-Gebietes geht, erscheint es zudem sinnvoll, die rechtlichen Vorgaben klarzustellen, die für eine solche Alternativenprüfung gelten:

Bei der Wahl der Alternativen reicht es nicht aus, dass sich eine Alternative hätte aufdrängen müssen. Dieser aus der fachplanerischen Abwägung stammende Ansatz gilt für die Alternativenprüfung im arten- und habitatschutzrechtlichen Kontext nicht, im Gegenteil:

Es sind alle zumutbaren Alternativen zu prüfen, die u.U. mit Abstrichen bei der Zielerfüllung des Vorhabens verbunden sein dürfen. Hier wären nicht nur alternative Standorte, sondern auch Teillösungen zu berücksichtigen gewesen. Dieser Maßstab steht weder im Glauben der Stadt Wernigerode noch der Schierke Winterberg GmbH noch der Landesentwicklungsbehörde, sondern ergibt sich aus den europäischen Vorgaben:

Anders als die fachplanerische Alternativenprüfung ist die Alternativenprüfung im Rahmen des Habitatschutzrechts nicht Teil einer planerischen Abwägung. Die Alternativenprüfung unterliegt deswegen einer uneingeschränkten gerichtlichen Kontrolle.


„44. Unter den so in die engere Wahl kommenden Alternativen muss die Wahl nicht zwangsläufig danach getroffen werden, welche Alternative das betroffene Gebiet weniger stark beeinträchtigt. (...) Vielmehr bedarf die Auswahl einer Abwägung zwischen der Beeinträchtigung des BSG und den jeweils einschlägigen Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses."

46. Entscheidend ist daher, ob zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses die Verwirklichung gerade dieser Alternative verlangen oder ob ihnen auch durch eine andere – das BSG weniger beeinträchtigende – Alternative genügt werden kann. (...) Dieser Vergleich setzt voraus, dass die verschiedenen Alternativen der engeren Auswahl hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das betroffene Gebiet und hinsichtlich der jeweils einschlägigen Gründe des öffentlichen Interesses nach vergleichbaren wissenschaftlichen Maßstäben untersucht wurden."

In den zitierten Schlussanträgen hatte es die Generalanwältin mit zwei Varianten zu tun, die „offensichtliche Probleme“ im habitatschutzrechtlichen Sinne aufwarfen und deshalb von der zuständigen Behörde nicht weiter geprüft wurden. Im vorliegenden Fall ist es aber sogar so, dass mögliche Alternativen mit deutlich geringeren Beeinträchtigungen von Natura-2000-Gebieten verbunden wären und es zudem ausweislich des Antrags gar nicht um öffentliche Interessen geht, sondern darum, dass „für den Vorhabenträger die Kosten zu hoch sind“. Welches öffentliche Interesse angesichts der grundsätzliche wirtschaftspolitischen Neutralität unserer Rechtsordnung daran bestehen sollte, eine private GmbH, die touristische Angebote aus kommerziellen Gründen etablieren möchte, vor nicht näher spezifizierten höheren Kosten aus Gründen des europäischen Gebietschutzes zum Zwecke der Erhaltung des gemeinsamen europäischen Naturerbes zu bewahren, erschließt sich nicht.

Zudem entspricht die durchgeführte „Alternativenprüfung“ ersichtlich auch nicht den unionsrechtlichen Anforderungen an die Prüfungstiefe der Alternativen.


Gemessen an diesem Maßstab ist die von der RVU hier vorgenommene Alternativenprüfung schlicht unbrauchbar. Da auch die weiteren Verfahrensunterlagen (zum Beispiel Ausnahmeprüfung für FFH-Gebiete, UVP-Bericht, usw.) den vorstehend geschilderten Maßstab ersichtlich nicht erfüllen, sondern für ihre Ausnahmebegründung ausschließlich um die beiden Argumente der angeblich mangelnden Zielerfüllung und der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit kreisen, gilt dieser Vorwurf für den gesamten Antrag.


e) Beurteilung der Raumverträglichkeit der Alternative 5

Nachfolgend wird auf einzelne Aussagen zur Raumverträglichkeit der Alternative 5 eingegangen.

1) Antragsrahmen


Viele Merkmale der Planung sprechen dafür, dass vor Ort kein seilbahnbasiertes Skigebiet geplant ist, das durch ausgewählte sommerliche Nebeneinrichtungen ergänzt wird, sondern dass tatsächlich ein Freizeitpark geplant wird. Stellt im weiteren Genehmigungsverfahren ein Gericht im Rahmen seiner Prüfpflicht fest, dass vor Ort ein Freizeitpark geplant ist, wäre das gesamte Genehmigungsverfahren zu wiederholen.

2) Nichtbetrachtung der Nachbetriebsphase

Zunächst fehlt ausweislich der RVU, S. 45, eine Beschreibung der Nachbetriebsphase, die entgegen der dortigen Behauptung nicht durch „eine langfristige Nutzung von über 20 Jahren“ obsolet wird.

Landesbüro Naturschutz Niedersachsen GbR | Große Düwelstr. 28 | 30171 Hannover
Tel: 0511 / 84 86 73 8 -0 | Fax: 0511 / 84 86 73 3 -9 | E-Mail: info@labuen.de
Internet: www.labuen.de

Seite 23 von 73
3) Nichtvereinsarbeit mit Z 26 des LEP


4) Lage in Natura 2000-Gebieten und Beeinträchtigung wertvoller Biotone


Der/die Antragsteller sollte/n deshalb aufgefordert werden, eine kartenmäßige Darstellung der Bele- genheit des Vorhabens in den gemeldeten oder zur Meldung anstehenden Natura-2000-Gebieten vorzulegen.

5) Unverträglichkeit der Wasserentnahme zur Beschnei- ung
Völlig unzureichend wird auch die für die Beschneiung zu erwartende Wasserentnahme behandelt, wie generell Fragen der Einhaltung des Verschlechterungsverbotes und des Verbesserungsgebotes der WRRL nur unzureichend ermittelt und bewertet sind.

Landesbüro Naturschutz Niedersachsen GbR | Große Düwelstr. 28 | 30171 Hannover
Tel: 0511 / 84 86 73 8 -0 | Fax: 0511 / 84 86 73 6 -9 | E-Mail: info@labuen.de
Internet: www.labuen.de

Seite 24 von 73

Insofern ist vollkommen unverständlich, wieso nicht längst ein Wasser-Messpegel am Entnahmearort eingerichtet wurde, wenn er sowieso gebraucht wird, Zeit wäre hierfür in den letzten Jahren gewesen.


Auch mit Blick auf die Vorgaben der WRRL kann dem Projekt eine Verträglichkeit nicht bescheinigt werden.

6) Trinkwasserschutzgebiet Rappbodetalsperre

Sowohl in der Raumverträglichkeitsuntersuchung als auch in der Unterlage zum Zielabweichungsverfahren und im UVP-Bericht fehlen bisher belastbare Aussagen wie im Hinblick auf die Raumverträglichkeit der Umstand Berücksichtigung findet, dass in der Vorzugsalternative S sowohl die Mittelstation als auch wesentliche Bereiche des Skihangs in der Zone 2 des Trinkwasserschutzgebiets "Rappbodetalsperre" liegen.

Die Verordnung zum Trinkwasserschutzgebiet listet für die Schutzzone II 31 Verbotstatbestände. Die Planung verstößt gegen mindestens 4 Verbotstatbestände, so z. B. die Errichtung von Hoch- und Tiefbauten.

Die gültige Verordnung sieht keine Befreiungen oder Ausnahmen von den Verboten vor. Die Raumverträglichkeit des Vorhabens "Natürlich Schierke" ist folglich nur gegeben, sofern entweder die Zone II des Trinkwasserschutzgebieters von jeder Bebauung freigehalten oder die Verordnung in einem eigenständigen Verfahren vor Feststellung der Raumverträglichkeit geändert wird.

7) Verkehr

Die Vorhabenträgerin legt ein Verkehrsgutachten für die Ortslage Schierke vor. Im Hinblick auf die Raumverträglichkeit des Vorhabens ist dieses nicht ausreichend und zumindest hinsichtlich der Auswirkungen des Vorhabens auf die Städte Braunlage und Bad Harzburg auszuweiten.

Im Hinblick auf die Stadt Braunlage geht das vorliegende Gutachten davon aus, dass der Verkehr in Braunlage mit der Schaffung des Skigebiets "Winterberg" abnimmt. Damit wird in dem Gutachten zum Ausdruck gebracht, dass entgegen der Annahmen an anderer Stelle der Antragsunterlagen, die Gästezahlen im Raum Braunlage/ Schierke nicht signifikant zunehmen, sondern Besucher zu Lasten
des Skigebiets "Wurmberg" aus Braunlage in wirtschaftlich relevantem Umfang nach Schierke abgezogen werden. Ist _dieses_ der Fall, ist die Raumverträglichkeit der Planung "Natürlich Schierke" nicht gegeben!

f) **Zusammenfassung**


5. **UVP-Bericht**

Aufgrund der zahlreichen methodischen Mängel des UVP-Berichts soll im Folgenden lediglich auf diejenigen Aspekte, die sich aufdrängen, eingegangen werden.

a) **Alternativenprüfung und Flächeninanspruchnahme**


Im UVP-Bericht wird ab S. 105 ein grober Vergleich der Planungsalternativen 5 bis 8 in Bezug auf die Schutzgüter des UVPG vorgenommen, der der oben geschilderten Anforderung der Beurteilung in vergleichbarer Prüftiefe wie die Vorzugsvariante nicht gerecht wird, zumal für die Alternativen keinerlei konkrete technische Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen geplant und berücksichtigt wurden und diese auch noch in einer Art en bloc-Betrachtung der Alternative 5 gegenübergestellt wurden.

Aber selbst dieser grobe Vergleich wird inhaltlich auch noch zu Ungunsten der habitatschutzrechtlich vorzugswürdigen Alternativen verzerrt:

Die Behauptung
„Die im Vergleich dargestellten wesentlich erhöhten Flächeninanspruchnahmen der Alternative 8 (sowie 7 und 6) können mit einer deutlich negativen Wirkung auf das Schutzgut Fläche bewertet werden.“

ist für die Alternative 6 schlicht falsch, denn der UVP-Bericht führt selbst aus, dass die Alternative 5 insgesamt 22,8 ha nach Geltungsbereich des B-Planen einnimmt, während für Alternative 6 mit 23,6 ha zu rechnen ist. Das Flächeninanspruchnahmeverhältnis beträgt deshalb nur 1:1,04.

Die Behauptung, dass „aufgrund der deutlich höheren Flächenbeanspruchung (...) wesentlich höhere Wirkungen für das Schutzgut Boden zu erwarten“ sind, ist in dieser Allgemeinheit ebenso falsch, da es für die Beurteilung der Intensität – wie der UVP-Bericht bei der späteren Prüfung der Vorzugsalternative richtigerweise herausarbeitet – auf die Art und Qualität der in Rede stehenden Böden ankommt.

An letztlich demselben Mangel leidet die Betrachtung des Schutzgutes Wasser, wenn hier ebenso pauschal behauptet wird, eine Erhöhung der Flächeninanspruchnahme erhöhe auch die Wirkungen auf das Schutzgut Wasser.

Lediglich in Bezug auf das Landschaftsbild mögen die auf S. 106 angeführten Gründe für eine höhere Wirkung der Alternativen auf das Schutzgut vertretbar erscheinen.

Für das Schutzgut Mensch (Erholungsnutzung) gilt dies nicht, da hier ebenfalls letztlich nur auf den höheren Flächenverlust abgehoben wird.

Es mutet schon seltsam an, dass der Gutachter in diesem UVP-Großvariantenvergleich pauschal ein- und dieselbe andere Ausgestaltung der Alternativen (höherer Flächenverbrauch) als alleinigen Grund für die schlechtere Bewertung der Alternativen bei insgesamt 4 Schutzgütern heranzieht, im Rahmen seiner Natura-2000-VPs aber darauf beharrt, dass die mit Flächenverlusten verbundenen Verluste von Lebensräumen der einzelnen betroffenen Arten nicht zusätzlich gewertet werden dürfen. Dass die pauschale Behauptung eines deutlich höheren Flächenverbrauchs zudem für die Alternative 6 gar nicht zutrifft, lässt weitere Zweifel an der Argumentation aufkommen.

Die Darstellung im UVP-Bericht (ab S. 570) zu Plan- und Vorhabenalternativen (Variantenvergleich) setzt sich den bereits formulierten Bedenken ebenso aus wie die RVU selbst. Im UVP-Bericht heißt es zudem:


Seit 1992 wurden umfassende Variantenuntersuchungen zur Lage eines Sport- und Freizeitgebietes erstellt. Diese Alternativen haben eine sehr unterschiedliche z.T. nur begrenzte Planungstiefe. Umweltfachliche Aspekte wurden dabei zumeist nur ansatzweise berücksichtigt, im Wesentlichen standen folgende Aspekte im Vordergrund:

• Suche nach Standorten außerhalb des Nationalparks;
• Berücksichtigung einer höchstmöglichen Nähe zu Schierke (wirtschaftl. Entw.);
• Beachtung einer hinreichenden Höhenlage (ca. ≥ 700m NHN);
• Verbindung zum Wurmberg.“

Der hier geleistete Variantenvergleich, der damit auch unter dem Blickwinkel der Umweltverträglichkeit völlig unbrauchbar ist, stellt einen weiteren Grund dar, das Raumordnungsverfahren abzubrechen.

b) Übergriff in das Fachrecht
Anhand des UVP-Berichts zeigt sich im besonderen Maße zudem der bereits beanstandete versuchte Übergriff der Raumordnung in die Fachplanung, da eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgelegt wurde und nicht die für die Raumordnungsebene als „Standortsuchverfahren“ ausgestaltete strategische Umweltprüfung. An einer solchen fehlt es vollständig, vorgelegt wurde eine Projekt-UVP.

c) Weitere Hinweise zur Überarbeitung der Unterlage
1) Schutzgut Fläche
Allgemein ist zum Schutzgut Fläche zu bemerken, dass das Schutzgut im UVP-Bericht zwar vorkommt. Sichtet man jedoch den Umweltbericht sorgfältig, ist festzustellen, dass das Schutzgut nicht sachgerecht bearbeitet wird, da die Neufassung des UVP 2017 offenbar nicht beachtet wurde.

§ 2 Abs. 1 UVPG listet nun 13 Schutzgüter auf. Diese tauchen auch zunächst in Kap. 5 vollständig auf.

Obwohl das Schutzgut "Fläche" in Kap. 5 genannt wird, fehlt es nachfolgend in den Bänden III bis V Kap. 8 (Skihang, Seilbahn, Speichersee) an entsprechenden Auswirkungsprognosen. Auch in Band VI Kap. 9 fehlt das Schutzgut.

Bezüglich S. 580 des UVP-Berichts ist noch zu bemerken, dass in der zusammenfassenden Darstellung der vonhabenbedingten Auswirkungen auf die Umwelt zum Schutzgut Fläche keine Einordnung in die gewählten „Bereiche“ erfolgt.

2) Berücksichtigung von Störfallrisiken

3) Schutzgut kulturelles Erbe
Ebenfalls zu bemerken ist, dass die Gutachten durchgehend von "Kultur und sonstigen Sachgütern" sprechen, obwohl nach der aktuellen Fassung des UVPG "kulturelles Erbe" den maßgeblichen Prüfgegenstand bildet.
4) Kartierdaten zu Lebensraumtypen
Im UVP-Bericht wird zur Beschreibung des Bestandes an Lebensraumtypen im Vorhabengebiet auf S. 124 Folgendes ausgeführt:

„Weil durch LAU und TI jeweils nur Teilbereiche des Untersuchungsraumes kartiert wurden, fassen die dargestellten Kartierergebnisse bei Überschneidung der Untersuchungsgebiete die verschiedenen Kartierungen in folgender hierarchischer Reihenfolge zusammen.

1. Bolte et. al 2017
2. Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt
   a. 2009 – Kartierung FFH-Gebiet Hochharz außerhalb Nationalpark Harz
   b. 2018 – Kartierung fiktives FFH-Gebiet

Teilbereich 2: Sachsen-Anhalt (innerhalb NP Harz)

Für das Gebiet des Nationalparks Harz liegt eine aktuelle und flächendeckende Vegetationskartierung vor. Die Erfassung erfolgte jedoch auf Grundlage von Vegetationsaufnahmen gemäß BRAUN-BLANQUET (1951) (vgl. KARSTE et al. (2011).“

Hierzu ist zunächst zu bemerken, dass die Daten für den Teilbereich 2 mehr als 8 Jahre alt sind und keine aktuelle Erfassung der LRT vorhanden ist.

Soweit auf S. 124 darauf hingewiesen wird, dass zur Herstellung einer einheitlichen Bewertungsgrundlage für den gesamten Untersuchungsraum die ausgewiesenen Kartiereinheiten an die Nomenklatur des Kartierverfahrens von Sachsen-Anhalt angepasst wurden, ist darauf hinzuweisen, dass eine solche Anpassung an die Nomenklatur in Niedersachsen erläutert werden muss, da Niedersachsen sich einer anderen Nomenklatur bedient. Insofern erwarten wir, dass der UVP-Bericht um entsprechende Aussagen ergänzt und uns erneut zur Stellungnahme vorgelegt wird.

5) Beeinträchtigung der Avifauna
Auf S. 158 des UVP-Berichts heißt es:

„Die mit Hilfe des dargestellten methodischen Ansatzes hergeleiteten Revierverluste akkumulieren sich auf 124,6 Reviere aus 36 Arten, wobei die Revierverluste bei 10 Arten unter der Schwelle von einem Revier liegen.“

6) Zustand von Gewässern
Auf S. 218 des UVP-Berichts wird der durch das Büro Orendt Hydrobiologie (2016) ermittelte ökologische Zustand als Gesamtbewertung über die Module Versauerungsklasse, Saprobie und allgemeine Degradation als Übersicht für alle Probenpunkte dargestellt. Obwohl die Messwerte eines Probepunktes als „schlecht“ einzuordnen waren, heißt es im UVP-Bericht:

„Die schlechte Gesamtbewertung des Probepunktes Sch_07 ist nach Einschätzung des Gutachters nicht plausibel. Hier wird ebenfalls die Ökologische Zustandsklasse „mäßig“ (Wertstufe 3) angenommen. “

Dies ist nicht plausibel.

7) Mangelnde Objektivität und fehlerhafte Bewertung von Auswirkungen
Auf S. 283 des UVP-Berichts zeigt sich exemplarisch die durchgehende Ablösung der an sich geforderten objektiven Beschreibung der zu erwartenden Wirkungen des Vorhabens durch eine tendenziöse Vorwegnahme der Bewertung:

„In erster Linie ist der Seilbahnbetrieb mit einer allgemeinen Beunruhigung für die Tierwelt insgesamt verbunden. Einige störungsempfindlichere Arten werden Meldungsreaktionen zeigen, wogegen bei anderen Arten eine Gewöhnung an den Betrieb der Seilbahnanlage zu erwarten ist. Der erhöhte Besucherdruck im Umfeld der Seilbahnstationen führt ebenso zu Beunruhigungen.“


Deshalb leidet auch die Bewertung der Auswirkungen an vielfachen fehlerhaften Einordnungen. Ein Beispiel auf S. 285 des UVP-Berichts:

„Die Biotopstruktur der Offenlandlebensräume wird nicht verändert. Die dauerhaften Altholzverluste beschränken sich auf Waldbiotope, deren Struktur und zugleich Habitat-Charakter hingegen verändert wird.


Dass dauerhafte Altholzverluste Strukturen von Jungstadien hinterlassen, ist ebenso offenkundig wie bedeutungslos, da das Artenschutzrecht beliebige Verschiebungen von Arten nicht duldet. Anstatt sich zu fragen, wie die festgestellten Veränderungen des Habitatcharakters auf die vorhandene Fauna wirken, philosophiert der Gutachter darüber, was sich stattdessen alles so anseideln...
könnte. Diese Verkennung der an sich gestellten Aufgabe zieht sich ebenfalls wie ein roter Faden durch den UVP-Bericht und die gesamten Antragsunterlagen.

Lesenswert in diesem Kontext sind auch die nachfolgenden Aussagen des Gutachters zu den betriebsbedingten Wirkungen der Seilbahn. Zu Barrierefunktionen (Abschreckung) durch Bewegungen (z.B. Kabinenbewegungen) heißt es:

„Es wird angenommen, dass störungsunempfindlichen Arten, die Seilbahnbewegung nach einer kurzen Gewöhnungsphase tolerieren und die Trassenbereiche nicht meiden. Das Aktivitätsmaximum der störungsempfindlicheren Arten (z.B. Käuze) liegt in den Dämmerungs-bzw. Nachtzeiten, wenn der Seilbahnbetrieb eingestellt ist.“

Für unempfindliche Arten ist demnach alles wie vorher und die empfindlichen Arten werden in ihrem „Aktivitätsmaximum“ nicht gestört. Dass ein Seilbahnbetrieb bis 17:00 Uhr gerade in den Wintermonaten sehr wohl in die Dämmerungszeit fällt, wird ignoriert.

Weiter:

„Die im Bereich der Seilbahnstationen zu erwartenden Besucher verursachen in den Stoffzeiten eine akustische Beunruhigung des Gebietes um die Stationen herum.“

Wieder werden Tiere laut Gutachter nicht gestört, sondern nur „beunruhigt“. Wieso die im Bereich der Seilbahnstationen zu erwartenden Besucher eine optische „Beunruhigung“ des Gebietes um die Stationen herum nur in den „Stoffzeiten des Anlagenbetriebes“ (wenn sind die bitte?) verursachen sollen, erschließt sich nicht.

Die Dämmerungsphase wird erneut ausgebledet, wenn es heißt:

„Ein Nachtbetrieb ist nicht vorgesehen, daher muss keine Dauerbeleuchtung mit ihren negativen Folgen für die nachtaktiven Falter- und Insektarten befürchtet werden.“

8) Erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden

Auf S. 337/338 des UVP-Berichts heißt es:


Weil die temporär erhöhte Nährstoffversorgung nicht sofort zur Etablierung eutropher Pflanzenge- sellschaften führt und langfristig eine Reduktion des Stickstoffeintrags bezw. Nitrataustrages zu erwarten ist, wird die Wirkintensität als gering eingestuft.“

Auch hier wird verkannt, dass jedenfalls kurzfristig erhebliche Beeinträchtigungen eintreten, die auch als solche gewertet werden müssen. Ob langfristig (welcher Zeiträume ist hier gemeint?) eine Änderung eintritt, ist zunächst nicht maßgeblich.
Auf S. 355 heißt es zur Intensität der Wirktoren auf das Schutzgut Boden:


Allein die Tatsache, dass es einer langen Zeit bedarf bis sich ein neuer natürlicher Bodenhaushalt eingestellt hat, zeigt, dass der Bodenhaushalt auf unzweckmäßige Zeit gestört ist, weshalb eine sehr hohe Beeinträchtigung hätte angenommen werden müssen.

Methodisch defizitär wird das Schutzgut Boden behandelt, wenn für alle Eingriffe eine theoretische Ausgleichbarkeit unterstellt wird und deshalb die Wirktoren hinsichtlich ihrer Umweltrelevanz nur dem Belastungsbereich (Stufe II) zugeordnet werden.

9) Bewertung der Wirktoren auf das Schutzgut Pflanzen
Bei der Darstellung der Maßnahmen zur Vermeidung auf S. 545/546 (Tabelle 182: Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung erheblicher Beeinträchtigungen – Schutzgut Pflanzen) fällt auf, dass kein einziger Wirktor dem Unzulässigkeitsbereich zugeordnet wird, was allein wegen der habitatenschutzrechtlichen Betroffenheit nicht richtig sein kann.

Für das Schutzgut Pflanzen nimmt der UVP-Bericht entsprechend dem naturschutzfachlichen Status der betroffenen Biotoptypen Umweltauswirkungen „im Zulässigkeitsgrenzbereich (Stufe III) oder im Belastungsbereich (Stufe II)“. Konkret heißt es:


Die aufgeführten Maßnahmen führen zu einer deutlichen Reduzierung der ursprünglich geplanten Inanspruchnahme von Wald- und Offenlandbiotopen. Dennoch wird ab-schließend festgestellt, dass durch das Vorhaben ein erheblicher Eingriff für das Schutzgut Pflanzen zu erwarten ist. Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung reduzieren die Eingriffsstärke deutlich, eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes bleibt jedoch bestehen.“

Hier hätte speziell wegen der habitatenschutzrechtlichen Betroffenheit eine Betroffenheit im Unzulässigkeitsbereich festgestellt werden müssen. Zudem werden entgegen der Rechtsprechung des

10) Schutzgut Mensch und Überschreiten von Immissionsgrenzwerten
Auf S. 581 wird richtigerweise dargestellt, dass für das Schutzgut Mensch ein hohes Risikopotenzial durch betriebsbedingte akustische Wirkreize (Pistenpräparation) entsteht und bei Nichteinhaltung von Vorgaben zur Minimierung des Risikopotenzials (u.a. zeitliche Beschränkungen, Deaktivierung des Rückfahrsignals im Nachtbetrieb) die zu erwartende Umweltrelevanz in Unzulässigkeitsbereich liegt. Durch die Untersagung des Einsatzes der Pistenraupe unterhalb der Mittelstation in der Zeit von 22:00 bis 06:00 Uhr soll das Risikopotenzial stark reduziert werden, wodurch dieser Wirkfaktor nur in den Belastungsbereich fallen soll. Die Umsetzung dieser Maßnahmen kann auf Ebene der Raumordnung aber nicht unterstellt werden.

Richtigerweise ist zudem wegen der Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV davon auszugehen, dass die verkehrsbedingten Lärmmissionen nicht nur im Belastungsbereich, sondern im Zulässigkeitsgrenzbereich liegen.

11) Schutzgüter Tiere und biologische Vielfalt
Zum Schutzgut Tiere nimmt der UVP-Bericht im Ergebnis zutreffend an, dass trotz Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung, eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzzuges bestehen bleibt.


12) Bewertung der Schutzgüter Wasser und Landschaftsbild
Für das Schutzgut Wasser wird richtigerweise ein hohes Risikopotenzial und trotz Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzzuges angenommen. Gleiches gilt für das Schutzgut Landschaft, wo eine Zuordnung zum Zulässigkeitsgrenzbereich (Stufe III) erfolgt.

13) Zu Fazit und Gesamtbewertung des UVP-Berichts
Die Liste der oben ausgeführten Mängel ließe sich praktisch endlos fortsetzen, was vollkommen nutzlos erscheint, da der Gutachter offenkundig nicht verstanden hat, dass der UVP-Bericht den Zweck hat, die Umweltauswirkungen zu ermitteln und zu beschreiben, damit die zuständige Behörde die Umweltverträglichkeit bewerten kann. Es geht gerade nicht darum, im Zweifel von einer Verträglichkeit auszugehen und zu behaupten, alles sei irrelevant.

Soweit der UVP-Bericht ab S. 561 auf die Beeinträchtigungen der Natura-2000-Gebiete eingegangen, füßen die dortigen Aussagen auf den entsprechenden Verträglichkeitsprüfungen, Vorprüfungen und Ausnahmeprüfungen für die jeweils in Rede stehenden Gebiete, sodass hierauf im Kontext dieser Gutachten näher eingegangen wird.
Schließlich heißt es im Fazit des UVP-Berichts, S. 588 f.:


Die Betroffenheit wird durch verschiedene Wirkfaktoren induziert, die hinsichtlich ihrer Umweltrelevanz dem Unzulänglichkeitsbereich, dem Zulässigkeitsgrenzbereich (Abwägungsbe- reich) sowie dem Zulässigkeitsbereich (Belastungsbereich, Vorsorgebereich, belastungsfreier Bereich) zugeordnet wurden. Alle durch das Vorhaben hervorgerufenen Wirkungen liegen innerhalb des Zulässigkeitsgrenzbereiches oder im Zulässigkeitsbereich.

Im Zulässigkeitsgrenzbereich findet eine Überschreitung rechtlich normierter Grenzen der Zulässigkeit von Eingriffen oder sonstiger Beeinträchtigungen statt. Diese sind nach einschlägi- gen Rechtsnormen nur ausnahmsweise aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses oder des Allgemeinwohles beziehungsweise aufgrund anderer Abwägungen überwindbar.

In den Zulässigkeitsgrenzbereich fällt zunächst die großflächige Inanspruchnahme des geschützten FFH-Lebensraumtyps 9410 (Montane bis alpine bodensaure Fichtenwälder) innerhalb der Grenzen des FFH-Gebietes „Hochharz“. Um die Zulässigkeit für das Vorhaben zu erreichen, ist eine Ausnahmeprüfung nach § 34 (3) BNatSchG erforderlich. Die hierfür notwen- dige Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen zum Raumordnungsverfahren. Aus dieser geht hervor, dass eine Wiederherstellung der Kohärenz für die Natura 2000-Verlustflächen möglich ist. Eine Zulässigkeit ist damit nach Abwägung des öffentlichen Interesses möglich.“


Weiter heißt es im UVP-Bericht:

„Außerhalb des FFH-Gebietes, im Bereich der Mittelstation, werden nach § 30 BNatSchG geschützte Moorwälder durch die Herstellung des Skihanges bzw. des Pistenplanums erheblich beeinträchtigt. Diese Beeinträchtigungen sind nur bedingt ausgleichbar, weshalb für die Zulässigkeit ebenfalls eine Abwägung des überwiegenden öffentlichen Interesses erforderlich ist.


Das Vorhabengebiet liegt vollständig innerhalb der Weiten Schutzzone (Schutzzone III) des Trinkwassererzeugungsgebietes der Rappbode-Talsperre. Die Kalte Bode einschließlich aller durch das Vorhabengebiet verlaufenden Zuläufe (z.B. Gewässer 216-00) gehören zur engeren Schutzzone (Schutzzone II). Damit betrifft die Schutzausweisung alle Oberflächengewässer im

Auch weitere Wirkfaktoren stellen eine erhebliche Beeinträchtigung für die Umweltschutzgüter dar. Diese können jedoch kompensiert werden oder erfordern keine Abwägung des öffentlichen Interesses, weshalb dem Zulässigkeitsbereich zugeordnet werden.

Zusammenfassend wird damit eine abwägungsabhängige Umweltverträglichkeit festgestellt.

Abgesehen davon, dass der UVP-Bericht durchgängig nicht konservativ betrachtet, sondern sich im Zweifel dafür entscheidet, Beeinträchtigungen als unerhebliche oder schwächere Beeinträchtigungen einzustufen, wird aus der Zusammenfassung hinreichend deutlich, dass das Vorhaben erhebliche negative Umweltauswirkungen auf nahezu alle Schutzgüter des UVP-G erwartet lässt.

Zu beanstanden ist aber die abschließende Feststellung einer „abwägungsabhängigen Umweltver träglichkeit“. Denn die Möglichkeit der Erteilung einer habitatschutzrechtlichen Ausnahme steht nur dann im Ermessen der Behörde, wenn die Ausnahmeverwirklichungen gegeben sind, woran es vorliegend mangelt. Der UVP-Bericht hatte richtigerweise feststellen müssen, dass das Vorhaben nicht umweltverträglich ist und allenfalls im Ausnahmewege zugelassen werden könnte – falls man dem Gutachter der/der Vorhabenberater insoweit überhaupt eine Wertungskompetenz zubilligen will. Denn nach § 43 Abs. 1 Satz 1 UVP obliegt die letztverbindliche Überprüfung und Bewertung der Umweltauswirkungen der zuständigen Behörde und nicht dem Vorhabenträger.

III. Verträglichkeit mit Schutzgebieten
1. Grundlegendes zu Natura 2000-Prüfungen

Zu den Natura 2000-Vorprüfungen, Verträglichkeitsprüfungen sowie Ausnahmeprüfungen ist anzu merken, dass diese an mehreren Stellen auf nicht mehr existente Rechtsvorschriften abheben.

So heißt es in FFH-VP Hochharz, S. 13:

„Die Vorprüfung soll beurteilen, ob ein Projekt im Sinne der Definition des § 10 Abs. 1 Nr. 11 BNatSchGNeuregG vorliegt und ob es in der Lage ist, ein „Natura 2000-Gebiet“ einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Plänen oder Projekten erheblich zu beeinträchtigen."

Die genannte Vorschrift ist nicht mehr existent.

Exemplarisch sei zudem für alle Vor- und Verträglichkeitsprüfungen die FFH-VP Hochharz, S. 14 zitiert, wo es heißt:

„Die Bewertung der Erheblichkeit von Beeinträchtigungen erfolgt nach LAMBERCHT & TRAUTNER (2007) und folgt dem Verschlechterungsverbot (Art. 6 Abs. 2 FFH-RL).“


\begin{itemize}
  \item \textbf{Rechtliche Maßstäbe für eine Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung}
    \begin{itemize}
    \end{itemize}
\end{itemize}


Für den Gang und das Ergebnis der Verträglichkeitsprüfung gilt der Sache nach eine Beweisregel des Inhalts, dass die Behörde ein Vorhaben ohne Rückgriff auf Art. 6 Abs. 4 FFH-RL nur dann zulassen darf, wenn sie zuvor Gewissheit darüber erlangt hat, dass dieses sich nicht nachteilig auf das Gebiet als solches auswirkt. Die zu fordernde Gewissheit liegt nur dann vor, wenn aus wissenschaftlicher Sicht kein vernünftiger Zweifel daran besteht, dass solche Auswirkungen nicht auftreten werden. Der Gegenbeweis misslingt zum einen, wenn die Risikoanalyse, -prognose und -bewertung nicht den besten Stand der Wissenschaft berücksichtigt, zum anderen aber auch dann, wenn die einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse derzeit objektiv nicht ausreichen, jeden vernünftigen Zweifel auszuschließen, dass erhebliche Beeinträchtigungen vermieden werden (vgl. BVerwG, Beschluss vom 07. Februar 2011 – 4 B 48/10 –, Rn. 5, juris unter Verweis auf die Vorinstanz.)


b) Ermittlungspflichten im Gebietsschutz
Im Rahmen der Verträglichkeitsprüfung ist es nach geltender Rechtsprechung nicht erforderlich, das floristische und faunistische Inventar des betreffenden FFH-Gebiets flächendeckend und umfassend zu ermitteln. Gegenstand der Verträglichkeitsprüfung ist die Verträglichkeit des Projekts mit den Erhaltungszielen des Gebiets § 34 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG, Art. 6 Abs. 3 Satz 1 FFH-RL). Dem hat der Prüfungsrahmen Rechnung zu tragen. Erfasst und bewertet werden müssen nur die für die

Maßgebliche - den Gegenstand der Verträglichkeitsprüfung bildende - Gebietsbestandteile sind hiernach in der Regel die Lebensraumtypen des Anhangs I der Richtlinie, nach denen das Gebiet ausgewählt worden ist, einschließlich der "darin vorkommenden charakteristischen Arten" (vgl. Art. 1 Buchst. e FFH-RL) sowie die Habitat der Arten des Anhangs II der Richtlinie, die für die Gebietsauswahl bestimmend waren.


Nach ständiger Rechtsprechung des EuGH bedeutet die nach Art. 6 Abs. 3 i. V. m. Abs. 2 der Habitattatrichtlinie durchzuführende angemessene Prüfung eines Plans oder Projekts auf Verträglichkeit mit dem betreffenden Gebiet, dass unter Berücksichtigung der besten einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse sämtliche Gesichtspunkte des Plans oder Projekts zu ermitteln sind, die für sich

Die Prüfung nach Art. 6 Abs. 3 der Habitatrichtlinie darf nicht lückenhaft sein und muss vollständige, präzise und endgültige Feststellungen enthalten, die geeignet sind, jeden vernünftigen wissenschaftlichen Zweifel hinsichtlich der Auswirkungen der in dem betreffenden Schutzgebiet geplanten Arbeiten auszuräumen (EuGH, Urteil vom 14. Januar 2016 – C-399/14 –, Rn. 50, juris unter Verweis auf Urteile Briels u. a., C-521/12, EU:C:2014:330, Rn. 27).


Außerdem müssen die Gebietsbeeinträchtigungen genau ermittelt werden, um die Art etwaiger Ausgleichsmaßnahmen bestimmen zu können (vgl. EuGH, Urteil vom 14. Januar 2016 – C-399/14 –, Rn. 57, juris unter Verweis auf Urteil Solvay u. a., C-182/10, EU:C:2012:82, Rn. 74).

c) Pflichten bei der Bewertung der Beeinträchtigungen von Natura 2000-Gebieten


Falschheit ist es jedenfalls, nur auf die im Gebiet im Rahmen von Kartierungen angetroffenen Arten abzustellen, wie es hier geschehen ist.

d) Keine Umgehung der Ausnahme durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen

Die Feststellung der erheblichen Beeinträchtigung eines Natura-2000-Gebietes darf nicht durch Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen umgangen werden. Der EuGH hat in seinem Urteil C-
521/12 vom 15.05.2014 klargestellt, dass Maßnahmen an anderer Stelle in einem Natura 2000-
Gebiet nicht herangezogen werden dürfen, um die Beeinträchtigung durch ein Vorhaben für uner-
heblich zu erklären (Rn. 29). Noch deutlicher ist die Generalanwältin in ihren Schlussanträgen vom
27.02.2012 (C-521/12, Rn. 42) geworden:

"Insoweit halte ich es für irrelevant, wenn an anderer Stelle des Gebiets neue Lebensräume ge-
schaffen werden, selbst wenn dies voraussichtlich zu einer positiven Gesamtabilanz führt. Es kommt
nämlich trotzdem zu einer negativen – womöglich sogar irreparablen – Einwirkung auf den beste-
henden natürlichen Lebensraum und damit auf das Gebiet als solches. Der neue Lebensraum wird
in gewissem Grad künstlich angelegt und kann erst nach einiger, möglicherweise langer Zeit zu ei-
nem wirklich natürlichen Lebensraum werden."

Grundsätzlich sieht die deutsche Rechtsprechung Unsicherheiten über Wirkungszusammenhänge,
die sich auch bei Ausschöpfung vorhandener Erkenntnismittel derzeit nicht ausräumen lassen, nicht
als unüberwindbares Zulassungshindernis an, sondern eröffnet der Behörde hier die Möglichkeit,
mit Prognosewahrscheinlichkeiten und Schätzungen zu arbeiten, die kenntlich gemacht und be-
gründet werden müssen. Zugunsten des Projekts dürfen bei der Verträglichkeitsprüfung die vom
Vorhabenträger geplanten oder im Rahmen der Planfeststellung behördlich angeordneten Schutz-
und Kompensationsmaßnahmen berücksichtigt werden, sofern sie sicherstellen, dass erhebliche
BVerwGE 130, 299-383, Rn. 94 m.w.N.). Für Kompensationsmaßnahmen (im Sinne der naturschutz-
rechtlichen Eingriffsregelung, vgl. § 19 Abs. 2 BNatSchG) sieht das BVerwG diese Feststellung aller-
dings nur ausnahmsweise als zulässig an, da die genannten Maßnahmen in der Regel erst deutlich
verzögert wirken und ihr Erfolg selten mit einer jeden vernünftigen Zweifel ausschließenden Sicher-
heit vorhergesagt werden kann (vgl. BVerwG, Urteil vom 12. März 2008 – 9 A 3/06 –, BVerwGE 130,
299-383, Rn. 94 unter Verweis auf Schlussanträge der Generalanwältin Kokott zu Rs. C-239/04 - Slg.
2006, l-10183 Rn. 35).

Zwar hat die zuständige Behörde im Rahmen der Verträglichkeitsprüfung die in das Projekt aufge-
genommenen Schutzmaßnahmen zu berücksichtigen, mit denen die etwaigen unmittelbar verursach-
ten schädlichen Auswirkungen auf das Gebiet verhindert oder verringert werden sollen, um dafür
dazu, dass das Gebiet als solches nicht beeinträchtigt wird. Dagegen dürfen in einem Projekt
vorgesehene Schutzmaßnahmen, mit denen dessen schädliche Auswirkungen auf ein Natura-2000-
Gebiet ausgehender werden sollen, im Rahmen der Prüfung der Verträglichkeit des Projekts nach
Art. 6 Abs. 3 nicht berücksichtigt werden (vgl. EuGH, Urteil vom 15. Mai 2014 – C-521/12 –, Rn. 28
f., Juris). Überdies lassen sich die etwaigen positiven Auswirkungen der künftigen Schaffung eines
neuen – sei es auch größeren und qualitativ besseren – Lebensraums, der den Verlust an Fläche
und Qualität desselben Lebensraumtyps in einem Schutzgebiet ausgleichen soll, im Allgemeinen
nur schwer vorhersehen. Zweitens soll die praktische Wirksamkeit der in Art. 6 der Habitatrichtlinie
vorgesehenen Schutzmaßnahmen verhindern, dass die zuständige nationale Behörde durch soge-
nannte „abmildende“ Maßnahmen, die in Wirklichkeit Ausgleichsmaßnahmen entsprechen, die in
dieser Vorschrift festgelegten spezifischen Verfahren umgeht, indem sie nach Art. 6 Abs. 3 Projekte
genehmigt, die das betreffende Gebiet als solches beeinträchtigen. Nur dann, wenn ein Plan oder
Projekt trotz negativer Ergebnisse der nach Art. 6 Abs. 3 Satz 1 der Habitatrichtlinie vorgenomme-
nen Prüfung aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich
solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art durchzuführen ist und keine Alternativlösung vorhanden
ist, ergreift der Mitgliedstaat im Rahmen von Art. 6 Abs. 4 der Richtlinie alle notwendigen Ausgleichsmaßnahmen, um sicherzustellen, dass die globale Kohärenz von Natura 2000 geschützt ist (vgl. EuGH, Urteil vom 15. Mai 2014 – C-521/12 –, Rn. 32 bis 34, juris unter Verweis auf Urteile Kommission/Italien, C-304/05, EU:C:2007:532, Rn. 81, Solvay u. a., C-182/10, EU:C:2012:82, Rn. 72, und Sweetman u. a., EU:C:2013:220, Rn. 34).

Deshalb muss die zuständige Behörde bei verbleibenden Zweifeln ein negatives Ergebnis der Verträglichkeitsprüfung verzeichnen und in eine Ausnahmeverprüfung nach Art. 6 Abs. 4 der Habitatrichtlinie übergehen. Anderenfalls werden insbesondere die im Rahmen der Ausnahmeverprüfung nachzuweisenden Anforderungen, wie insbesondere das Fehlen von Alternativen und das Vorliegen eines Ausnahmegrundes, umgangen.

In Bezug auf die hier in Rede stehenden Prüfungen ist festzustellen, dass diese ganz generell in die Beurteilung erheblicher Beeinträchtigungen auch Kompensationsmaßnahmen einbeziehen, ohne diese hinreichend von echten Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen abzugrenzen. Auch insofern sind erhebliche Eingriffe unerkannt geblieben. Zu den einzelnen Prüfungen erheben wir im Folgenden Einwendungen und verweisen auch hier darauf, dass wir lediglich diejenigen Punkte an sprechen, die sich bei grober Lektüre offenkundig aufdrängen. Ergänzungen behalten wir uns für den anstehenden Erörterungstermin vor.

2. Zu den Gebieten im Einzelnen

a) FFH-Verträglichkeitsprüfung für das FFH-Gebiet „Hochharz“

Die Einschätzung der Gutachter, dass es bei dem Vorhaben zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Erhaltungsziele dieses Gebietes kommt, teilen wir.


1) Fehlerhafte Grundannahmen


Die angenommene Verteilung der FFH-LRT innerhalb des planrelevanten Untersuchungsraumes unter Verweis auf die Bestandskarte (Karte 2a) für das FFH-Gebiet „Hochharz“ wird angezweifelt, da die Art und Weise insbesondere der Abgrenzung von LRT 9410 und LRT 91D0* nicht klar ist.

Ausweislich S. 19 liegen für den FFH-LRT 91E0* keine aktuellen, sondern nur veraltete Daten vor.

Die auf S. 21 (und durchgängig über alle Prüfungen bei der Bestimmung der schutzwürdigen Arten) zu findende Auflistung der kumulativ erforderlichen Eigenschaften für die Annahme relevanter charakteristischer Arten entspricht keiner anerkannten Fachkonvention.

Die auf S. 28 wiedergegebenen tatsächlichen Nachweise für den Luchs sprechen für sich. Die Annahme, dass sich durch diese Beobachtungen noch keine verstärkte Nutzung des Winterbergegebietes durch den Luchs aktuell belegen lässt, ist nicht konservativ und methodisch verkehrt herum
aufgezogen. Es ist nicht zu fragen, ob eine verstärkte Nutzung des Winterberggebietes nachgewiesen ist, sondern ob Gewissheit besteht, dass der Luchs den Winterberg nicht verstärkt nutzt.

Dieser methodische Mangel, nämlich dass im Zweifel angenommen wird, die jeweilige Art sei nicht vorhanden oder halte sich in dem Gebiet nicht auf, nutze dieses nicht verstärkt, sei im Zweifel nicht gestört, könne auf andere flächen ausweichen und ähnliches mehr, haftet allen Natura-2000-Prüfungen an, die von Büro Michael erstellt wurden. Dies widerspricht ganz offenkundig dem vom EuGH für die Beurteilung von Beeinträchtigungen von FFH-Gebieten formulierten Maßstab, sodass die Gutachten bereits aus diesem Grund unbrauchbar sind.

Beispielhaft sei zudem auf S. 39 der FFH-VP „Hochharz“ verwiesen, wo es heißt:

„Für die Bearbeitung des FFH-Gebietes werden die Inhalte beider Verordnungen übertragen und verarbeitet, um einen gültigen Maßstab für das FFH-Gebiet „Hochharz“ abzubilden. Da jedoch die Landesverordnung gegenwärtig noch in der Entwurfsfassung vorliegt, wird das Hauptaugenmerk auf die Winterberg-VO gelegt und diese vollständig nachrichtlich übernommen. Die Inhalte der Landesverordnung werden ergänzend beigefügt."

Seit Ende 2018 liegt die Grundschutzverordnung für die FFH-Gebiete in amtlich veröffentlichter Form vor; die Erhaltungsziele und Verbote sind deshalb dieser Verordnung zu entnehmen. Alle Prüfungen sind hierauf anzupassen.

2) Angebliches Fehlen zumutbarer Alternativen

Im Übrigen verweisen wir auf unsere oben gemachten Ausführungen zur Wirtschaftlichkeit des gesamten Projekts. Die ggf. fehlende Wirtschaftlichkeit des gesamten Projektes darf nicht als Argument dienen, vernünftige Alternativen im Rahmen der FFH-Ausnahmeprüfung als wirtschaftlich unzumutbar darzustellen.

3) Nichtberücksichtigung des LRT 91E0*
Wieso der LRT 91E0* laut S. 47 der FFH-VP nicht relevant sein soll, erschließt sich nicht, weil ausweislich Karte 2a dieser LRT im Wirkaum auftritt.
4) **Fehlende Mooskartierung**


Zwar wurden verschiedene Tierartengruppen und Gefäßpflanzen untersucht, aber es wurde eben keine Mooskartierung durchgeführt. Bevor keine Mooskartierung vorliegt, kann die FFH-Verträglichkeit nicht nachgewiesen werden.

5) **Unzutreffende Beurteilung baubedingter Auswirkungen**

Auf S. 69 zeigt sich ein weiterer genereller methodischer Fehler, der allen Gutachten des Büros Michael anhaftet. Im Hinblick auf baubedingte Beeinträchtigungen wird positiv berücksichtigt, dass diese nur vorübergehender Natur seien. Dies liegt bereits deshalb neben der Sache, weil baubedingte Beeinträchtigungen stets vorübergehend sind und dieser Umstand nicht positiv zugunsten dieser Beeinträchtigung gewertet werden kann.

6) **Fehlende Beurteilung von Lärmauswirkungen, Erschütterungen und Vibrationen**

In Punkt 6.2.9 werden Erschütterungen/ Vibrationen nicht sachgerecht beurteilt, wenn auf deren zeitliche Befristung während der gesamten Bauphase sowie ihren eingeschränkten Einsatz abgehoben wird. Denn ausweislich der vorgelegten Unterlagen steht überhaupt noch nicht fest, in welchem Umfang Sprengungen durchgeführt werden müssen und an welchen Stellen genau sie notwendig werden. Auch diese Annahmen sind folglich nicht in der gebotenen konservativen Betrachtungsweise getroffen worden.

Völlig unhaltbar sind die Ausführungen auf S. 122:

> „Die baubedingte Verlärming bezieht sich v. a. auf die Gehölzrodung im geplanten Bereich, auf die Bodenbearbeitung zur Erstellung des Speichersees außerhalb des FFH-Gebietes (mit Betrieb der Brecheranlage, Lockerungssprengungen) sowie die Etablierung von Beschneiungsschächten und einer durchgehenden Kabeltrasse innerhalb und außerhalb des FFH-Gebietes (Baggerarbeiten).“

*Sprengungen*

Landesbüro Naturschutz Niedersachsen GbR | Große Düwelstr. 28 | 30171 Hannover
Tel: 0511 / 84 86 73 8 -0 | Fax: 0511 / 84 86 73 8 -0 | E-Mail: info@labuen.de
Internet: www.labuen.de

Seite 43 von 73

Es zeigt sich in der Abbildung 8, dass die Warnsignale mit über 100 dB(A) lauter sind als die Sprengung ("95 dB(A)") im Abstand von < 100 m selbst."

(...)

Für die Avifauna sind sehr kurzzeitige singuläre Schallereignisse an den kartierten Revierzentraten wahrnehmbar (Sperlingskauz 87 dB(A); Raufußkauz 72 dB(A)). Laut Sprenggutachten (LICHT 2016) stellen Lockerungssprengungen selbst für brütende Vögel keine relevante Störung dar.

Es handelt sich um eine intermittierende Schallquelle die eine Schreckwirkung hervorruft, aber nicht dazu geeignet ist eine dauerhafte Maskierung zu erzeugen (GARNIEL ET AL. 2010). Trotz kurzfristiger Übertretung des kritischen Schalpegels werden die Sprengereignisse als geringe Wirkeize auf die Vogelarten bewertet.

Entsprechend Band II Kapitel 6.2.6 gilt, die Einhaltung der Anforderungen der AVV Baulärm wird im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt und während der Ausschreibung gesichert.

Aufgrund der befristeten, baubedingten Einwirkungen, singulärer Schallereignisse durch Sprengung (mit einer lediglich kurzzeitigen Überschreitung kritischer Schalpegel), einer zu berücksichtigenden Bauzeitenregelung und der flexiblen Raumnutzung durch die mobilen Säugetierarten (Fledermäuse, Luchs, Wildkatze, Rotwild) sowie den charakteristischen Vogelarten im Vorhabengebiet für den Speichersee mit Beschneiungsanlagen, wird nicht von anhaltenden, erheblichen Auswirkungen auf erhaltungszielrelevante und charakteristische Arten des GGB ausgegangen."

Abgesehen davon, dass der Gutachter die eigenständigen Störrungen der Warnsignale nicht mehr würdigt, bleibt unberücksichtigt, dass die Anzahl und die räumliche Verteilung von Sprengungen noch gar nicht feststehen (vgl. dazu explizit S. 129 der FFH-VP). Auch hier hätte konservativer eine erhebliche Störwirkung angenommen werden müssen.

Im Hinblick auf den Lärm ist zudem zu beanstanden, dass der Gutachter an keiner Stelle angibt, ob er nun von äquivalenten Dauerschalpegeln oder von Maximalpegeln redet, was für die Beurteilung der Lärmauswirkungen ganz erheblich ist. Geht man wie in der Lärmberechnung üblich grundsätzlich von äquivalenten Dauerschalpegeln aus, ist ausweislich S. 125 nachts mit Werten von etwa 70 bis 75 dB(A) zu rechnen, sodass der Lebensraum der geschützten Arten vollständig verlämmt wird. Dies gilt auch, wenn man auf die Werte abstellt, die ausweislich des Gutachtens „überwiegend“ im Bereich des skihanges auftreten (55 bis 65 dB(A)).

7) Unzutreffende Beurteilung betriebsbedingter Beeinträchtigungen

Generell zu beanstanden ist das systematische Kleinreden insbesondere der in der Betriebsphase entstehenden Beeinträchtigungen. So wird auf S. 72 angeführt, dass während der Betriebsphase die Auswirkungen auf die Säugetiere und charakteristische Vogelarten von der Zahl der fahrenden Kabinen und beförderten Menschen abhänge. Die gerade in schneearmen Jahren zu erwartende
höhere Zahl an Wanderern führe jedoch aufgrund des Wegegebots nicht zu einer höheren Störwirkung, da Besucher so von empfindlichen Bereichen weg geführt würden und außerdem keine Fortpflanzungsstätten im Plangebiet festgestellt werden konnten.


Für das FFH-Gebiet „Hochharz“ gelten danach folgende Verbote und zwar neben den allgemeinen Schutzbestimmungen gemäß Kapitel 2 § 6 der Verordnung (vgl. § 3 Abs. 1 der Anlage Nr. 3.164 der LVO-N2000):

1. Erschließung neuer Kletterfelsen sowie Neurouten in bestehenden Kletterfelsen nur nach Erlaubnis i. S. d. Kapitels 3 § 18 Absatz 2 dieser Verordnung,

2. kein Betreten von Schutthalden mit dem LRT 8150,

3. kein Betreten von Waldflächen des LRT 910* oder Moorflächen der LRT 7110*, 7120 und 7140,

4. kein Betreten von und keine Veränderungen an anthropogenen, nicht mehr in Nutzung befindlichen Objekten, die ein Zwischen-, Winter- oder Sommerquartier für Fledermäuse darstellen, insbesondere Bunker, Stollen, Keller, Schächte oder Eingänge in Steinbruchwände; eine Erlaubnis i. S. d. Kapitels 3 § 18 Absatz 2 dieser Verordnung kann erteilt werden für notwendige Sicherungs- und Verwahrungsmaßnahmen,

5. kein Betreten von und keine Veränderungen an nicht touristisch erschlossenen Höhlen jährlich in der Zeit vom 01. Oktober bis zum 30. April sowie ganzjährig kein Entfachen von Feuer im Eingangsbereich oder im Inneren; eine Erlaubnis i. S. d. Kapitels 3 § 18 Absatz 2 dieser Verordnung kann erteilt werden für notwendige Sicherungs- und Verwahrungsmaßnahmen,

6. Anleinen von Hunden jährlich in der Zeit vom 15. März bis 31. August (Hauptaufzuchtzeit der Wildkatze),

7. kein Betreten oder Verändern von Holzpulten, Reisighaufen, Energieholzmierten, sonstigen Totholzstrukturen, Wurzelteilen umgestürzter Bäume oder Felsöhungen als potentielle Tagesverstecke- bzw. Wurfplätze der Wildkatze.“

Diese Schutzbestimmungen schließen ganz gezielt nicht nur bestimmte touristische Nutzungen ausdrücklich aus, sondern dokumentieren mit einem strikten Betretungs- und Veränderungsverbot,


8) Fehlenschätzung zur Wildkatze
Die Beschreibung auf S. 31 betreffend die Wildkatze bewegt sich ebenfalls außerhalb etwaiger Wurzelspielräume des Gutachtens. Wieso das Untersuchungsgebiet nur als Streifgebiet, nicht aber als essentieller Lebensraum der Art einzuordnen sein soll, wird nicht erläutert und ist angesichts der mehrfachen Nachweise der Art auch nicht plausibel.

9) Fehlerhafte Betrachtung zu Fledermäusen
Ausweislich S. 49 wurden Fledermäuse nur artgruppenbezogen betrachtet. Dies ist unzulässig, weil wegen der höchsten unterschiedlichen Lebensraum- und Habitanterforderungen der Fledermäuse eine streng artbezogene Individuenbetrachtung erfolgen muss.

Der auf S. 63 und S. 65 jeweils hergeleitete Flächenverlust ist nicht nachvollziehbar.

Im Hinblick auf Fledermäuse wird zwar ausgeführt, dass die Entnahme von Gehölzten im Bereich der Seilbahntrasse und damit die Entfernung potentieller Höhlen- und Quartierbüme einen relevanten Aspekt für „die Fledermauspopulation“ darstellen, allerdings die Untersuchung der Seilbahntrasse auf potentiell geeignete Baumstrukturen für Fledermausquartiere bereits im Jahr 2015 negativ verlaufen sei und somit keine beeinträchtigenden Wirkungen durch eine Gehölzentranniage in der Seilbahntrasse auf Fledermäuse ausgeübt werden könnten. Hier greift der Gutachter auf nicht hinreichend aktuelle Daten zurück.

10) Fehlerhafte Beurteilung zu Amphibien
Auf S. 66 zeigt sich hinsichtlich der Amphibien erneut der bereits im Grundansatz: fehlerhafte Maßstab. Dort heißt es:

„Hinsichtlich der bodenbearbeitenden Maßnahmen (Errichtung Seilbahnstützen, Stationsbau) ist ein genereller Individuenverlust bodenbewohnender Amphibien zu berücksichtigen. Im Untersuchungsgebiet des FFH-Gebietes konnten der Grasfrosch (Anhang V) sowie Berg- und Fadenmolch festgestellt werden. Von diesen trat jedoch keine Art innerhalb der Seilbahntrasse auf (s. a. Karte 2b: Bestand Arten). Erheblich beeinträchtigende Wirkungen auf die benannten Arten sind somit aufgrund der geplanten Freistellung der Seilbahntrasse und Etablierung der...
Anlagebestandteile nicht zu prognostizieren. Außerdem kann durch einfache Maßnahmen, wie ein tägliches Absuchen der jeweils aktuell ausgesuchten Bereiche vor Baubeginn, ein Individuenverlust verhindert werden (s. a. Maßnahmen des LBP)."

Zunächst ist festzustellen, dass ein landschaftspflegerischer Begleitplan nicht Bestandteil der ausgelegten Unterlagen war und deshalb der Verweis des Gutachtens auf einen solchen LBP nicht: nachvollzogen werden kann. Hier zeigt sich zudem der methodische Fehler des alleinigen Abstelens auf solche Arten, die im unmittelbaren Vorhabensbereich zufällig im Rahmen von Kartierungen ange troffen wurden. Auch für die Amphibien können Tötungen durch bodenbearbeitende Maßnahmen nicht ausgeschlossen werden.

Wenn auf S. 119 für die Amphibien darauf abgestellt wird, dass durch die baubedingten Schachtarbeiten ausschließlich Einzelindividuen gefährdet seien, verkennt dies erneut den strengen Schutzstatus der Individuen der Erhaltungszielarten.

11) Fehlerhafte Beurteilung zu Laufkäfern
Methodisch und rechtlich Fehlerhaft ist zudem die Betrachtung der Laufkäfer, zu denen es heißt:


Die Beurteilung der Laufkäfer leidet auch auf S. 91 an rechtlichen Mängeln. Auch hier wird fehlerhaft angenommen, dass der Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten unter Verweis auf den

Für die Laufkäfer verlässt die FFH-VP hier die gebotene artdZONEge Betrachtungsweise vollständig, wenn ausgeführt wird:

„Zusätzlich soll die Veränderung einer anhaltenden Schneedecke für die bodenbewohnenden Tierarten hinsichtlich einer „Fallenwirkung“ bewertet werden.


Es ist also regelmäßig mit einer Reduktion der charakteristischen Bodenlebewesen in den Bereichen mit langanhaltender Schneedecke zu rechnen. Diese Bereiche können auf einem Ski- hang variieren. Da nicht zu jeder Zeit auf eine vollständige Pistenbeschneitung gesetzt wird (je nach Effektivität, Monat, Witterung).

Auch eine Wiederbesiedelung aus angrenzenden offenen Bereichen ohne technische Beschneiung ist ausgehend vom Grünen Band gewährleistet.

Zudem wurde bereits unter Kapitel 6.2.5 Band III beschrieben, dass es zu einer tendenziellen Ausbreitung charakteristischer Laufkäferarten offener Standorte kommen wird. Eine erhebliche Beeinträchtigung der Laufkäferbestände ist damit auszuschließen. Die projektierten Bereiche im Vorabengebiet besitzen damit ein gutes Potential zur Etablierung einer verhältnismäßig ausgeglichenen Floren- und Faunenvielfalt.

Aufgrund der Beschneidung im Winter sind geringe betriebsbedingte Wirkungen auf die erhaltungszielrelevanten und charakteristischen Arten zu besorgen.

(Bewertungsstufe 2 (ohne Auswirkung, Tendenz positiv)) gilt für Säugetiere wie das Rotwild, Luchs sowie Wildkatze.

(Bewertungsstufe 3 (nicht erhebliche Auswirkung)) kann für die Artengruppe der Laufkäfer angewandt und prognostiziert werden.“

Auch hier folgt der Gutachter seinem gewohnten Muster der verbalen Verniedlichung von Auswirkungen.

12) Fehlerhafte 3euerteilung der Eingriffe in LRT durch Bodenbeanspruchung

Auch hinsichtlich der Beanspruchung des Bodens und der damit zusammenhängenden Eingriffe in LRT (S. 83) mangelt es ein weiteres Mal an der gebotenen konservativen Herangehensweise. Eingangs wird noch im Hinblick auf die Bodenbearbeitung und Bodenbefahrung die Anforderung formuliert, dass weder die sensiblen Bereiche des LRT 9100* noch die Böden des LRT 9410 beeinträchtigt werden. In der nachfolgenden Behauptung, dies sei nur aufgrund der bestehenden Entfernung

Aber auch hier zeigt sich das stetige Kleinreden der Umweltauswirkungen und das Arbeiten mit schwammigen und wenig präzisen Aussagen wie „Effekte können daher als verhältnismäßig lokal betrachtet werden“.

13) Fehlerhafte Beurteilung der Auswirkungen durch Wassererosion
Die Ausführungen auf S. 86 zeigen ebenfalls im Ergebnis unklar, ob nun bezüglich einer Wassererosion durch Vegetationsanlage mit Roggen (baubedingt) erhebliche Beeinträchtigungen zu besorgen sind oder nicht.


14) Fehlerhafter Beurteilungsmaßstab für den Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten charakteristischer Vogelarten

Auch dieser Maßstab ist rechtlich fehlerhaft, weil der Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, nicht unter Verweis auf den generellen Erhaltungszustand der Populationen für relevant erachtet werden kann.

15) Unklare Beurteilung der Nitratbelastungen
Zur Nitratbelastung heißt es auf S. 105:

„Lediglich während der ersten vier Jahre ist aufgrund des erhöhten Nitrataustrages von 60 bis 184 kg N/ha mit einer Erhöhung der Versauerung zu rechnen. Damit kann kurzfristig eine zusätzliche Versauerung von 4 bis 13 kmolc/ha/a entstehen, welche mit Beginn der Bauarbeiten wirksam wird. Nach etwa vier Jahren stellen sich schließlich die zuvor beschriebenen Stoffverhältnisse im Kreislauf ein.“
Die Belastbarkeit dieser Aussage zweifeln wir an, zudem müssen auch kurzfristige Beeinträchtigungen gewürdigt werden.

16) Fehlerhafte Beurteilung der Auswirkungen durch Schadstoffeinträge von Besuchern

Auch soweit auf S. 76 pauschal ausgeschlossen wird, dass diffuse Einträge von Schadstoffen durch Besucher in die Lebensraumtypen erhebliche Auswirkungen haben können, kann dem Gutachter nicht gefolgt werden. Dass durch die Bereitstellung von Toiletten und Behältnissen für eine Müllentsorgung eine Reduktion des Eintrages erzielt wird, mag richtig sein, dies ersetzt aber nicht die konkrete Prüfung der Frage, ob entsprechende Einträge in empfindliche Lebensraumtypen erhebliche Beeinträchtigungen hervorrufen können. Hiervon scheint im Ergebnis auch der Gutachter auszugehen, wenn er schreibt:

„Eine lokale Beeinträchtigung des FFH-LRT 9410 ist nicht vollständig auszuschließen. Aufgrund jedoch sehr lokaler und ‚unsystematischer’ Einwirkungen kann diese Wirkung als gering beeinträchtigend bewertet werden. (Bewertungsstufe 3 (nicht erhebliche Auswirkung))“


17) Zur Betrachtung kumulierender Wirkungen

Ab S. 150 widmet sich der Gutachter dann der Kumulationsbetrachtung, die erneut davon geprägt ist, dass Auswirkungen letztlich kleingeredet werden. Und auch hier verletzt der Gutachter die Vorgabe, dass Ausgleichsmaßnahmen bei Beurteilung erheblicher Beeinträchtigungen nicht herangezogen werden dürfen, wenn er schreibt:

„Aufgrund der bilanzierten Flächenverluste besteht eine erhebliche Beeinträchtigung des FFH-LRT 9410 als Erhaltungsziel des GGB „Hochharz“. Insgesamt wird ein Verlust von 11,9 ha bilanziert.


Für die charakteristischen Arten konnten geringe Wirkungen (Bs 3) innerhalb von Nahrungs- suchräumen durch v. a. akustische Wirkreize festgestellt werden. Eine maßgebliche Einschränkung zentraler Lebensraumfunktionen konnte durch diese jedoch nicht prognostiziert werden.

Nach dem Hinweis in GARNIEL ET AL. (2010) ist zu berücksichtigen, dass sich die Erhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes auf die gesamte Lebensraumgemeinschaft aus Pflanzen und verschiedenen Tiergruppen zusammensetzt. Einzelne Störungen können sich darunter auf
eine einzelne Tierarten negativ auswirken, für andere dagegen keine Relevanz besitzen. Aus diesem Grund wurde eine graduelle Funktionseinschränkung aus der Sicht einer Art nicht als Flächenverlust für die gesamte Lebensgemeinschaft bilanziert. Einzelne Einschränkungen wurden ausschließlich fachgutachterliche bewertet.

Die Habitatqualität des FFH-LRT 9410 im Gesamten GGB wird als nicht erheblich beeinträchtigt bewertet. Die prognostizierten Einschränkungen entstehen sehr lokal im Randbereich des Gebietes."

Zudem entspricht das Abstellen auf die Habitatqualität des Lebensraumes im gesamten Schutzgebiet nicht den Vorgaben des EuGH.

Ähnliches gilt für die Betrachtungen auf S. 152 (Kumulierte Wirkungen für den Luchs) und für S. 154 (Kumulierte Wirkungen für die Wildkatze), für die „Schadensbegrenzungsmaßnahmen“ vorgesehen werden, die für den Ausschluss einer erheblichen Beeinträchtigung aber nicht herangezogen werden dürfen.

Auch Grasfrosch und die „Artengruppe der Fledermäuse“ werden nur unzureichend betrachtet (vgl. S. 156), insbesondere die fehlende artweise Betrachtung der Fledermäuse stellt einen schwerwiegenden methodischen Mangel dar.

Die auf S. 157 angeführten Vermeidungsmaßnahmen sind teilweise keine, sondern Ausgleichsmaßnahmen, die für die Beurteilung der erheblichen Beeinträchtigungen gar nicht angerechnet werden dürfen.

Der auf S. 160 gewählte Maßstab für die Berücksichtigung der Wirkung anderer Projekte und Pläne widerspricht offenkundig dem Maßstab des EuGH; auf die sog. Moorburg-Entscheidung (Urteil vom 26.4.2017, C-142/16) wird hingewiesen.

b) SPA-Verträglichkeitsprüfung für das Vogelschutzgebiet „Hochharz"

Gegen die in dieser Verträglichkeitsuntersuchung angewandte Methodik bestehen ebenfalls erhebliche Bedenken.

1) Datengrundlage

Auf S. 13 der Untersuchung wird ausgeführt, dass folgende Datengrundlagen verwendet wurden

- Standarddatenbögen (LAU 2018)
- Berichte des Landes Sachsen-Anhalt Heft 20/2013 – Die Europäischen Vogelschutzgebiete des Landes Sachsen-Anhalt (LAU/Mammen et. al. 2013a)
- Liste der Verantwortungsorten des Landes Sachsen-Anhalt (LAU 2013b)
- Aktuelle Kartierung des Untersuchungsraumes zu den avifaunistischen Schutzgütern (Ing. Büro Boll & Katthöver Gbr 2016)

Zunächst ist auch hier zu beanstanden, dass nicht die neue Grundsatzverordnung des Landes Sachsen-Anhalt (LVO-N2000) zu Grunde gelegt wurde, die zwischenzeitlich in Kraft getreten ist.
Gemessen an dem vertieften Betrachtungsstand, den die SPA-VP vorgeben will, ist aber vor allem der Umfang der erhobenen Daten gemessen an der aktuellen Rechtsprechung vollkommen unzureichend. Die Kartierung im Untersuchungsraum ist ausweislich der Methodenbeschreibung im avifaunistischen Gutachten nicht methodengerecht erfolgt. Dort heißt es auf S. 3:


Nähere Daten, an welchen konkreten Tagenden und zu welchen Tageszeiten die Begehungen durchgeführt wurden, fehlen. Auch die Rohdaten der Erfassung sind nicht beigefügt, so dass die Plausibilität der abgeleiteten „Papierreviere“ nicht überprüft werden kann.

Das Bundesverwaltungsgericht hat erst jüngst für das Artenschutzrecht, das im Vergleich zum hier in Rede stehenden Habitatschutzrecht nach der Rechtsprechung desselben Gerichts sogar geringere Anforderungen stellt, geklärt, dass 5 Kartierungs durchgänge für Vögel der offenen Feldflur noch ausreichend sein können. Wenn aber - wie hier - auch im Hinblick auf ihren Schutzstatus besonders planungsrelevant Vögel der Wälder und anderer Lebensräume erfasst werden sollen, ist eine größere Zahl von Begehungen in einem längeren Erfassungszeitraum erforderlich (vgl. BVerwG, Urteil vom 9.11.2017, 3 A 4.15, Rn. 45 m.w.N.). Die hier in Rede stehenden 6 Begehungen sind damit unzureichend und zudem auch nicht hinreichend dokumentiert, wenn man richtigerweise den Maßstab des BVerwG zugrunde legt:


Folglich beruhen die Bewertungen der SPA-VP von vornherein auf einer unzureichenden und nicht methodengerecht gewonnenen Datengrundlage.

2) Unklare Beurteilung, was als Bestandteil des Vogelschutzgebiets gesehen wird

Weiter ist die Vorgehensweise des Gutachters bei der Entscheidung, welche Vogelarten als Bestandteile des SPA-Gebietes betrachtet werden, nicht nachvollziehbar.


Zur Gebirgsstelze wird dann auf S. 24 ausgeführt, dass die Art im Untersuchungsraum außerhalb des SPA-Gebietes an der Kaltene Bode festgestellt wurde und deren Betrachtung daher in der Wirk-faktorenanalyse entfallen. Stattdessen werde die Art im Rahmen des Artenschutzbeitrages aufge- griffen.

Ein Artenschutzbeitrag liegt allerdings nicht vor.

3) Fehlerhafte Beurteilung der Betroffenheit von Waldvogelarten
Die Beurteilung zu den Waldvogelarten widerspricht den üblichen rechtlichen Standards. So heißt es auf S. 38/39:

„In der artenschutzrechtlichen Betrachtung (Artenschutzbeitrag) wird der gesamte Harz als lokale Population der Art angenommen, damit existieren über 100 Brutpaare im untersuchten Gebiet des Harzes. Das berücksichtigte Brutpaar wurde außerhalb des SPA-Gebietes kartiert. Es ist anzunehmen, dass über die Revierer mittlung des SPA-Gebietes und des Nationalparks hinaus weitere Sperlingskauz-Brutpaare vorhanden sind.

Unter dieser Voraussetzung führt die flächenhafte Einschränkung für das Brutpaar zu einer beeinträchtigenden Wirkung, die jedoch die lokale Population (Erhaltungszustand & Bestands- strend als sehr gut eingeschätzt) nicht erheblich schädigt.

(Bewertungsstufe 3 (nicht erhebliche Auswirkung)) - Sperlingskauz


In der artenschutzrechtlichen Betrachtung (Artenschutzbeitrag) wird der gesamte Harz als lokale Population der Art angenommen, damit existieren über 80 Brutpaare im untersuchten Gebiet des Harzes. Das berücksichtigte Brutpaar wurde außerhalb des Untersuchungsgebietes für den Nationalpark kartiert. Es ist anzunehmen, dass über die Revierer mittlung des SPA-Gebietes und des Nationalparks hinaus auch weitere Raufußkauz-Brutpaare vorhanden sind.

Unter dieser Voraussetzung führt die flächenhafte Einschränkung für das Brutpaar des Raufußkauzes zu einer beeinträchtigenden Wirkung, die jedoch die lokale Population (Erhaltungszustand als gut, Gefährdungspotential als sehr gering eingeschätzt) nicht erheblich schädigt.

(Bewertungsstufe 3 (nicht erhebliche Auswirkung)) - Raufußkauz


(Bewertungsstufe 3 (nicht erhebliche Auswirkung)) - Tannenhäger

Landesöö Naturschutz Niedersachsen GbR | Große Düwelstr. 28 | 30171 Hannover
Tel: 0511 / 84 86 73 8 -0 | Fax: 0511 / 84 86 73 8 -9 | E-Mail: info@labuen.de
Internet: www.labuen.de

Seite 53 von 73

(Bewertungsstufe 3 (nicht erhebliche Auswirkung)) – Fichtenkreuzschnabel

Die Ausführungen des Gutachters erwecken den Eindruck, als prüfe er Störungen der Reviere. Werden Reviere festgestellt und lässt sich der Brutplatz nicht konzentrisch bestimmen, muss davon ausgegangen werden, dass der Brutplatz entweder durch eingreifende Maßnahmen zerstört wird und damit komplett entfällt. Oder aber – wenn es um Störungen durch sonstige Einwirkungen (z.B. Lärm, Licht, etc.) geht, muss konkrete Beurteilung werden, ob die in Rede stehenden Störungen mit dem Verlust der Fortpflanzungs- und Ruhestätte gleichzusetzen sind. Dass der vom Gutachter gewählte Maßstab speziell für den habitatschutzrechtlichen Kontext nicht zutreffend sein kann, zeigt sich bereits daran, dass hier ein Verlust von Revieren und Individuen so lange zulässig wäre, bis sich konkrete Verschlechterung des vorhandenen Erhaltungszustandes einstellt, was weder mit dem Verschlechterungsverbot noch mit der Wiederherstellungsgebot vereinbar ist. Dieselbe fehlerhafte Vorgehensweise wiederholt sich auf S. 55 zu den genannten Arten.

4) Fehlerhafte Beurteilung betriebsbedingter Beeinträchtigungen
Die Beurteilung der betriebsbedingten Beeinträchtigungen auf S. 42 enthalten lediglich die Behauptung, dass nicht mit einem signifikanten Anstieg des Tötungsrisikos durch den Betrieb der Seilbahn zu rechnen sei, obwohl betriebsbedingt Individuenverluste nicht generell ausgeschlossen werden. Wieso nun von Vermeidungsreaktionen im veränderten Eingriffs-/ Vorhabenbereich auszugehen sein soll und wie nun solche Vermeidungen im störungsrechtlichen Sinne zu betrachten sind, erläutert der Gutachter für die waldbewohnenden Kleinvögel (z. B. Meisen, Goldhähnchen) nicht.

Die Ausführungen auf S. 44 zum Prozess der Gondelgaragierung überzeugen nicht, ebenso wenig die Aussagen auf S. 45 zu akustischen Reizeinwirkungen für Tannenhäher, Raufußkauz und Fichtenkreuzschnabel und Sperlingskauz.

5) Fehlerhafte Beurteilung der Auswirkungen durch Anlage von Offenland

Auch hier werden Beeinträchtigungen entweder mit dem Verweis auf angebliche Gewöhnungseffekte und die angeblich dankbare Annahme neuer Offenlandstrukturen durch die waldbewohnenden Vogelarten verneint und Verschiebungen von Revieranteilen zu Grunde gelegt. Ob diese Verschiebung überhaupt möglich ist oder nicht die Ausweichplätze bereits durch andere Individuen oder Arten belegt sind, wird nicht thematisiert. Für den Fichtenkreuzschnabel gibt der Gutachter
sogar zu, dass die Revierveränderung nicht eindeutig vorhersagbar ist und macht damit selbst deutlich, dass er nicht mit Gewissheit sagen kann, ob eine Beeinträchtigung des Brutreviers zu besorgen ist oder nicht. Auch hier wird der strenge Prüfungsmaßstab einer Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung verlassen.

6) Nicht nachvollziehbare Beurteilung der Auswirkungen durch Flächenverlust
Wieso der – rechnerische - Verlust einer Fläche von etwa 24 ha (12 % des vom Gutachter angenommenen Reviers) eine nicht erhebliche Beeinträchtigung sein soll, ist nicht nachvollziehbar. Denn immerhin wird ein signifikanter Teil des Lebensraums der Tiere durch Lärm und menschliche Bewegung entzogen, wobei immer wieder übersehen wird, dass zum guten Erhaltungszustand gerade auch gehört, dass ausreichend Lebensraum für die Art vorhanden ist. Die ständige Behauptung, die Tiere könnten ja in die Umgebung ausweichen, beachtet dies gerade nicht. Art. 6 Abs. 2 und 3 der FFH-Richtlinie verbieten Störungen der Habitat der Arten ebenso wie der Arten selbst.

7) Fehlerhafte Annahme zum Eingriff in den Habitat- und Luftraum von Vögeln und zu optischen Störungen
Im Zusammenhang mit dem „Vorhabenbestandteil“ Bebauungsplan heißt es auf S. 92:


Entsprechend kann für die Arten Sperlingskauz und Tannenhäher keine erheblich beeinträchtigende Wirkung erkannt werden.

(Bewertungsstufe 3 (nicht erhebliche Auswirkung))“

Hier wird die eingreifende Wirkung in den Habitat- und Luftraum der Vögel unter die Voraussetzung einer guten Sichtbarkeit der Kletterkonstruktion gestellt, ohne dass sichergestellt wäre, dass eine solche sichtbare Kletterkonstruktion auch realisiert wird.

Auf S. 94 wird dann ausgeführt:

„Optische Störungen der Vögel an ihren Reviermittelpunkten können über die projektierten Flächen hinaus aufgrund klar definiert, nutzbaren Bereiche und ausreichender Distanzen (210-220 m, s. Abbildung 12) als geringfügig bewertet werden.

Eine Veränderung der Raum-Zeit-Muster durch menschliche Aktivität kann für die dort lebenden Brutpaare in den Bereichen von Mittelstation (mit Skihang) sowie Speichersee nicht vollständig ausgeschlossen werden. Die Wirkreise sind jedoch nicht dazu geeignet die Brutpaare und lokalen Populationen von Sperlingskauz oder Tannenhäher innerhalb des SPA-Gebietes erheblich zu schädigen.“

Auch hier beschränkt sich der Gutachter auf durch nichts belegte Behauptungen.

8) Zur Kumulationsbetrachtung
Auch die Kumulationsbetrachtung auf S. 100 f. ist fehlerhaft. Dass der gesamte Harz als lokale Population der Arten angenommen wird soll, ist im habitatschutzrechtlichen Kontext nicht nachvollziehbar. Entgegen der SPA-VP ist bereits wegen des Lebensraumverlustes eine Beeinträchtigung
9) Angebliche Unerheblichkeit der Beeinträchtigungen

Über die oben gemachten Ausführungen hinaus weisen wir darauf hin, dass die Beurteilungen der Erheblichkeit der Beeinträchtigungen wertgebender Arten aus nachfolgendem Grund ebenfalls nicht tragen.

So kommt die SPA-VP kommt zu dem Ergebnis, dass es zu keiner erheblichen Beeinträchtigung der Erhaltungsziele des VSG komme. Es wird ermittelt, welche Arten im Umfeld des Projektes vorkommen. Lediglich für diese betroffenen Brutpaare wird bewertet, inwiefern eine Beeinträchtigung stattfindet. Im Ergebnis hält die Untersuchung fest, dass einzelne Brutpaare der Arten Sperrlingskauz, Raußfusskauz, Tannenhäher und Fichtenkreuzschnabel erheblich beeinträchtigt werden, wobei die Beeinträchtigungen jedoch unter der Erheblichkeitsschwelle lägen. Siehe hierzu bereits unsere oben gemachten Ausführungen.


c) FFH-Gebiet DE 4229-331 "Bachtäler im Oberharz um Braunlage"

Bevor über die Raumverträglichkeit des Vorhabens entschieden werden kann, ist die FFH-Verträglichkeitsuntersuchung zum FFH-Gebiet DE 4229-331 "Bachtäler im Oberharz um Braunlage" zu überarbeiten. Entgegen den Ausführungen liegen rechtswirksame gebietsbezogene Schutz- und Erhaltungsziele für das Gebiet seit März 2018 vor.²

d) Landschaftsschutzgebiet "Harz (Landkreis Goslar)"

Im Hinblick auf die Machbarkeit des Vorhabens ist seitens der Antragstellerin bisher völlig unberücksichtigt geblieben, dass von dem Anschluss des Skigebiets "Winterberg" an das Skigebiet "Wurmberg" das Landschaftsschutzgebiet "Harz (Landkreis Goslar)" durch den Bau einer Skipiste berührt wird.

Bevor über die Raumverträglichkeit des Vorhabens entschieden werden kann, ist daher in einem landschaftsrechtlichen Verfahren nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) mindestens zu

² Siehe dazu die Bekanntmachung im Nds. MBl. Nr. 18/2018, S. 394 ff.
prüfen, ob Befreiungen von den Verboten der LSG-Verordnung seitens des Landkreises Goslar in Aussicht gestellt werden können.

e) **FFH-Verträglichkeitsprüfung für den Bereich des fiktiven Erweiterungsgebietes für das FFH-Gebiet „Hochharz“**


Bereits aus diesem Grund ist die vorgelegte Verträglichkeitsprüfung völlig ungeeignet, da sie den Meldevorschlag nicht berücksichtigt. Dabei ist auch als sicher anzunehmen, dass eine entsprechende Gebietsmeldung an die Kommission wie vom MULE angekündigt noch in diesem Jahr vorgenommen wird, da die Bundesrepublik Deutschland angesichts des anhängigen Vertragsverletzungsverfahrens der EU-Kommission (EU-KOM, Az.: 2014/2262) weitere Versäumnisse bei der Meldung von Gebieten nicht hinnehmen kann.


Folglich müsste eine FFH-Verträglichkeitsprüfung für den Bereich des fiktiven Erweiterungsgebietes neu erstellt werden.

f) **FFH-Ausnahmeprüfung für das FFH-Gebiet „Hochharz“ und ungeeignete Kohärenzsicherungsmaßnahmen**

Die FFH-Ausnahmeprüfung ist zunächst bereits deshalb ungeeignet, weil sie auf bereits ungeeigneten Verträglichkeitsprüfungen aufbaut, die Umfang und Dimension der zu besorgenden Eingriffe nicht zutreffend erfassen.

Zudem entsprechen die vorgeschlagenen Kohärenzsicherungsmaßnahmen nicht den rechtlichen Anforderungen.

Dabei ist festzuhalten, dass das ausweislich der FFH-VP (S. 52) seitens des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt vorgeschlagene Verhältnis von 3:1 Ausgleichsfläche zu Eingriffsfläche grundsätzlich geeignet ist, eine Gebietskohärenz zu gewährleisten.

Es wird deshalb auch ausdrücklich auf den Leitfaden der EU-KOM zu Art 6, Stand 2018, S. 14 f. hingewiesen, wo die Kommission betont, dass wenn eine nationale Liste noch nicht vollständig ist, die Mitgliedstaaten angewiesen sind, die ökologische Bedeutung von Gebieten zu wahren, die nach wissenschaftlichen Erkenntnissen nach den Kriterien in Anhang III der Habitat-Richtlinie auf der nationalen Liste geführt werden müssten. Auch wenn die Art. 6 Abs. 2 bis 4 der FFH-Richtlinie nicht direkt gelten, müssen die Mitgliedstaaten zur Wahrung der ökologischen Bedeutung dieser Gebiete geeignete Schutzmaßnahmen treffen. Dazu dürfen u. a. keine Eingriffe zugelassen werden, bei denen die Gefahr einer ernsthaften Beeinträchtigung der ökologischen Merkmale dieser Gebiete besteht. Wenn noch keine vollständige nationale Liste übermittelt wurde, wird den Mitgliedstaaten empfohlen, bei Gebieten, die nach den in der Richtlinie genannten wissenschaftlichen Kriterien eindeutig auf der nationalen Liste geführt werden müssten, einen ähnlichen Ansatz zu verfolgen.

Da hier wesentliche Merkmale des neu zu meldenden Gebietes ernsthaft beeinträchtigt zu werden drohen, ist das beabsichtigte Vorgehen unzulässig.

Zur Ausnahmeerprüfung sei abschließend nochmals die EU-Kommission mit ihrem aktuellen Leitfaden 2018, S. 66 f. zur habitatschutzrechtlichen Ausnahmeprüfung nach Art. 6 Abs. 4 der FFH-Richtlinie zitiert:

„Als Ausnahmeregelung zu Artikel 6 Absatz 3 ist diese Bestimmung eng auszulegen (Rechts sache C-239/04, Rn. 25-39) und kann nur auf Umstände angewandt werden, bei denen alle durch die Richtlinie vorgegebenen Voraussetzungen in vollem Umfang erfüllt sind. In diesem Zusammenhang muss in sämtlichen Fällen, in denen von der Ausnahmeregelung Gebrauch gemacht werden soll, zunächst jeweils nachgewiesen werden, dass die genannten Voraussetzungen in jedem einzelnen Fall tatsächlich gegeben sind.


Anschließend sollten die zuständigen Behörden die Möglichkeit eines Rückgriffs auf Alternativlösungen prüfen, die besser gewährleisten, dass das betreffende Gebiet an solches nicht beeinträchtigt wird. Alle praktikablen Alternativlösungen, mit denen die Ziele des Plans oder Projekts erfüllt werden können, müssen insbesondere im Hinblick auf die Erhaltungsziele, die Integrität des Gebiets und den Beitrag des Gebiets zur globalen Kohärenz des Natura-2000-Netzes unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit ihrer Kosten untersucht werden. Dazu
können alternative Standorte (oder ggf. Trassen), andere Größenordnungen, andere Entwicklungspläne und alternative Prozesse gehören.

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Kosten der bei der Prüfung von Alternativlösungen durchzuführenden Schritte ist festzustellen, dass bei der Wahl von Alternativlösungen nicht allein auf die wirtschaftlichen Kosten solcher Maßnahmen abgestellt werden kann (Rechtssache C-399/14, Rn. 77). Wer ein Projekt beantragt, kann sich also nicht darauf berufen, dass aus Kostengründen keine Alternativlösungen geprüft wurden.


Die mangelnde Verfügbarkeit von Alternativlösungen ist nachzuweisen, bevor geprüft wird, ob ein Plan oder Projekt aus zwingenden überwiegenden Gründen des öffentlichen Interesses erforderlich ist (Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache Castro Verde, C-239/04, Rn. 36-39)*.


g) Grünes Band
Zwar findet sich im UVP-Bericht ein kurzer Abschnitt zum Grünen Band. In diesem wird jedoch lediglich beschreibend dargestellt, was das Grüne Band ist und dass dieses im BNatSchG verankert ist. Bei der Betrachtung der einzelnen Schutzgüter taucht der Begriff „Grünes Band“ immer mal wieder auf. Eine umfassende Betrachtung zur möglichen Beeinträchtigung des Grünen Bandes durch das Vorhaben fehlt aber. Eine solche übergreifende, speziell auf die Auswirkungen des Grünen Bandes zugeschnittene Betrachtung sollte im UVP-Bericht nachgeholt werden. Anschließend sollte der UVP-Bericht erneut zur Beteiligung ausgelegt werden.

IV. Zusammenfassung zum Raumordnungsverfahren
Festzuhalten bleibt, dass die vorgelegten Unterlagen für ein Raumordnungsverfahren untauglich sind. Sie leisten einem Übergriff in die später folgende Fachplanung Vorschub. Ebenso legen die Unterlagen fehlerhafte Einschätzungen des Vorhabens auf verschiedenen Ebenen zu Grunde und gehen auch hinsichtlich der raumordnerischen Vorgaben von fehlerhaften Annahmen aus.


Aus den oben aufgeführten Punkten ergibt sich eine mangelnde Raumverträglichkeit des Vorhabens.
C. Zielabweichungsverfahren

Wie bereits eingangs ausgeführt sehen wir uns als auch im Zielabweichungsverfahren zu beteiligen an und erlauben uns deshalb, nachfolgende Einwende zum Gegenstand unserer Stellungnahme zu machen.


I. Grundlegendes zum Zielabweichungsverfahren

Zunächst scheint es geboten, den rechtlichen Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens zu erläutern. Dieser ergibt sich aus § 6 Abs. 2 ROG und § 11 Abs. 1 LEntwG LSA.


Der vorgelegte Antrag auf Zielabweichung bezieht sich insoweit bereits auf fehlerhafte Rechtsgrundlagen, wenn er auf S. 4/5 § 10 LPIG LSA als maßgebliche Rechtsgrundlage anführt. Das Landesplanungsgesetz LSA wurde bereits mit Wirkung vom 01.07.2015 aufgehoben und zwar durch § 27 Satz 2 Landesentwicklungsgesetz v. 23. 4. 2015 (GVBl. LSA S. 170).


Aus den o.g. rechtlichen Rahmenbedingungen ergeben sich Folgen für die Anspruchsberechtigung der Antragsteller, insbesondere der Stadt Wernigerode:


Gemessen an diesem Maßstab lässt sich vorliegend bei einer Gesamtwürdigung des Zielabweichungsantrags bereits vorab Folgendes feststellen:


Ob ein Anspruch von vornherein ausgeschlossen ist, weil eine oberste Landesbehörde ihr Einvernehmen verweigert, lässt sich erst im weiteren Verfahren feststellen.

Folglicht verbleibt es im vorliegenden Zielabweichungsverfahren bei der Prüfung der Frage, ob die Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 Satz 1 ROG vorliegen. Mit dem Erfordernis, dass von Zielen der Raumordnung nur dann abgewichen werden kann, wenn die Grundzüge der Planung von der Abweichung nicht berührt werden, setzt § 6 Abs. 2 Satz 1 ROG eine in jedem Fall zu beachtende Grenze für die Zielabweichung.


Gemessen an diesem Maßstab kommt eine Zielabweichung im vorliegenden Fall nicht in Betracht, wie nachfolgend unter Berücksichtigung der Ausführungen im Zielabweichungsantrag näher dargelegt wird.

II. Zum Antrag auf Zielabweichung im Einzelnen
1. Gegenstand des Zielabweichungsverfahrens
Konkret beantragt wird die Zielabweichung für:

„- Z 118 - In den Vorranggebieten für Natur und Landschaft sind das ökologische Potenzial und die jeweiligen ökologischen Funktionen nachhaltig zu entwickeln und zu sichern.


Auch hier werden bei der Schilderung des Zeitpunkts der Antragstellung die im weiteren Verlauf erforderlichen Schritte verkürzt dargestellt, wodurch insbesondere die bereits aktuell absehbaren rechtlichen Unvereinbarkeiten verschwienen werden. Insbesondere werden die zusätzlich zur im Zielabweichungsantrag später angesprochenen FFH-Ausnahmeprüfungen erforderlichen Ausnahmegenehmigungen, wie bspw. Befreiungen von LSG-VO, nicht erwähnt.
Zu beachten ist, dass auch der Prüfungsgegenstand des Zielabweichungsverfahrens - ebenso wie der Antrag auf Feststellung der Raumverträglichkeit - insoweit beschränkt ist, als der Antrag ausschließlich die Vorzugsalternative der Vorhabenträger zum Gegenstand hat und nur in Bezug auf dieses näher konkreterisierte Projekt (Alternative 5 des Raumordnungsverfahrens) ein Antrag auf Zielabweichung gestellt wird. Sollte das Raumordnungsverfahren zu dem Ergebnis kommen, dass Alternative 5 nicht raumverträglich ist - was angesichts der oben gemachten Ausführungen nahe liegt - wäre auch der Antrag auf Zielabweichung zu erneuern.

Zum Antrag ist vorab zudem bemerken, dass dieser von einem anderen Büro bearbeitet wurde als die Unterlagen im Raumordnungsverfahren. Allerdings greifen die Ersteller der Antragsunterlagen für das Zielabweichungsverfahren sowohl textlich als auch im Hinblick auf die Datenlage vollumfänglich auf die Verfahrensunterlagen des Raumordnungsverfahrens zurück, weshalb sich die gegen die Verfahrensunterlagen des Raumordnungsverfahrens erhobenen Einwände gleichermaßen gegen die entsprechenden Tatsachen und Wertungen das Zielabweichungsantrags richten, soweit er diese wiederholt oder übernimmt.

Der Antrag auf Zielabweichung setzt letztlich die durchgehend tendenziöse Darstellung, die bereits der Raumverträglichkeitsprüfung anhaftet, fort. Bereits in der Darstellung des Antragserfordernisses wird ohne näheren Beleg behauptet:

„Das Vorhaben hat im Wesentlichen positive oder neutrale Effekte auf die Mehrzahl der betroffenen Ziele des Landesentwicklungsplans Sachsen-Anhalt“

und damit die eigentliche Prüfung vorweggenommen.

2. Zur Beschreibung des Vorhabens

Die Darstellung auf S. 10 des Antrags geht durchgängig davon aus, dass irgendeine Form von Zusammenarbeit mit dem Betreiber des „Wurmebergs“ erfolgt (Kombiticket oder gemeinsame Nutzung des „Areals“). An dieser Stelle verweisen wir auf die bereits im Abschnitt B zum Raumordnungsverfahren geltend gemachten Bedenken zum fehlenden Nachweis einer angestrebten Zusammenarbeit beider Betreiber.

Auf die Vorhabenbeschreibung braucht vorliegend nicht näher eingegangen zu werden, da hier lediglich die Darstellung in der RVU in teils anderen Worten wiederholt wird.

Allerdings lohnt die Herausstellung einer Aussage, die bei der Beschreibung des Speichersees für die Beschneiungsanlage zu finden ist:

„Prinzipiell sind die geplanten Pistenflächen von Natur aus sehr schneieicher, sobald Natur- schnee in ausreichender Menge fällt.“

Diese Aussage dürfte praktisch auf jeden Berg zutreffen.

Die Größe des Vorhabensgebietes beträgt 21,5 ha, die Gesamtschneifläche (Pistenfläche) beträgt insgesamt rd. 14 ha - alle Pisten und Zubringerwege und damit 2/3 der Gesamtfläche des Vorhabens müssen deshalb eine saisonale Beschneiung erfahren, wofür ist ein Gesamtjahreswasserbedarf von mind. 66.000 m³ erforderlich ist (richtigerweise ist mit Blick auf die diesbezüglich bereits für den Wurmeberg fehlerhaften Prognosen desselben Gutachters tatsächlich von einem weit höheren Verbrauch auszugehen).
In der Vorhabenbeschreibung findet sich auf S. 29 zu „Talabfahrt/ Winterrodelbahn“ folgende Aussage:

„Prinzipiell ist die Errichtung einer beschnittenen Talabfahrt bis zum Parkhaus nach Schierke dringend erforderlich, da dies gem. Kundenbefragungen in vielen vergleichbaren Skigebieten (z.B. auch im Skigebiet Wurmberg-Braunlage) ein wichtiges Merkmal für die Attraktivität des Skigebietes darstellt. Aufgrund der sehr flachen Geländeverhältnisse (max. 15 % Längsgefälle) zwischen der Mittel - und der Talstation (Sektion 1) der Einsilumlaufbahn reicht hier jedoch eine schmale Skipiste völlig aus, da Wiederholungsfahrten auf dieser Abfahrt sehr selten stattfinden werden. Daher kann mit der Herstellung des Trassenbereiches der Einsilumlaufbahn (Breite = 20m) als Skipiste das Auslangen gefunden werden.“

Offenbar geht der Gutachter davon aus, dass die Talabfahrt von den Besuchern mangels Attraktivität nicht wiederholt wird, sondern nur zum endgültigen Verlassen des Gebietes genutzt wird. Hiermit verbunden wäre eine Intensivierung der Nutzung der höher gelegenen Lagen, die aber bei den Auswirkungsbetrachtungen nicht berücksichtigt wurde.

Ausweislich S. 31 befindet sich der geplante Speichersee inkl. der Wassererlebniswelt innerhalb der Wasserschutzgebietsszone III. Ebenso befindet sich die gesamte Beschneiungsanlage in der Wasserschutzgebietsszone III.

Bezogen auf die Bewertung auf S. 40 f. hinsichtlich der Auswirkungen auf das FFH-Gebiet „Hochharz“ (FFHO160 DE 4229-301) und auf das SPA „Vogelschutzgebiet Hochharz“ (SPA0018 DE 4229-401) verweisen wir auf unsere diesbezüglichen Äußerungen zum Raumordnungsverfahren.


Zur „Vereinbarkeit des Gesamtvorhabens und seiner Teilvorhaben mit den Grundzügen des Landesentwicklungsplans 2010 und Vertretbarkeit der Abweichung unter raumordnerischen Gesichtspunkten“ heißt es auf S. 43:


Der Gutachter übersieht hier mehrere Aspekte gleichzeitig:


Der letzte Satz ist - drittens - schlicht plakativ und in seiner Grundaussage unrichtig. Dass die Entwicklung eines Ortsteiles und die Schaffung von ca. 60 Arbeitsplätzen (im in den Planungsunterlagen angenommenen günstigsten Szenario) in der Lage wäre, das Interesse am Schutz und an der Verwahrung der Natura-2000-Gebiete als europäisches Erbe überwiegen könnte, ist eher fernliegend.
4. Alternativenprüfung


5. Weitere Anmerkungen zu den Inhalten des Abweichungsantrags

Spätestens auf Seite 50 (ähnlich auf S. 59), wo der Gutachter die Umsetzung des Projekts als folgerichtige und praktisch zwingende Weiterführung einiger Entwicklungen der Vergangenheit darstellt, verlässt er den Rahmen einer neutralen Betrachtung. Denn er blendet aus,

- dass zugleich nach dem Willen des Landesgesetzgebers der Vorhabenbereich als Vorangegängen, der Landesgesetzgeber, zudem große Teile des Vorhabengebietes als Bestandteil des europäischen Naturerbes Natura 2000 über den Bund an die Europäische Union gemeldet hat,
- dass die aus dem Nationalpark herausgelöste Fläche bereits 2013 im Wege einer Landschaftsschutzgebietsverordnung unter Einbeziehung der Erhaltungsziele der betroffenen Natura-2000-Gebiete wieder unter Schutz gestellt wurde,
- dass der Landesgesetzgeber ein weiteres FFH-Gebiet „Winterberg“ melden wird und
- dass der Ort Schierke in weiten Teilen des Vorhabengebietes nicht im Verlagsgebiet für Tourismus gelegen ist.

Die übrigen Entwicklungen in der Vergangenheit liegen entweder bereits mehr als ein Jahrzehnt zurück oder sind eigene Entwicklungspreistellungen der Stadt Wernigerode.

Soweit im Antrag die „bedeutendsten raumordnerischen Zielfestlegungen“ (S. 55 ff.) besprochen werden, verweisen wir ebenfalls zunächst auf unsere Stellungnahme im Raumordnungsverfahren.


Im Folgenden ist dann im Zielabweichungsantrag nicht ganz klar, dass der Gutachter eigentlich genau darlegen und begründen will. Es werden relativ wahllos verschiedene Statistiken und Gutachten in die Ausführungen hinein kopiert, ohne dass der Ersteller des Antrags eigene Bewertungen trifft oder auch nur klarmacht, warum er die verschiedenen Informationen an den jeweiligen Stellen gibt. Hinzu tritt, dass eine Vielzahl der Grafiken weder im elektronischen Dokument noch auf Ausdrucken lesbar ist, sodass diese teilweise nicht nachvollzogen werden können.

Ein paar Punkte sollen aus den Ausführungen herausgegriffen werden:

Landesbüro Naturschutz Niedersachsen GbR | Große Döwelstr. 28 | 30171 Hannover
Tel: 0511 / 84 86 73 8 -0 | Fax: 0511 / 84 86 73 8 -9 | E-Mail: info@labuen.de
Internet: www.labuen.de

Seite 66 von 73
Unter der Überschrift:

„Begründungen des tatsächlichen Bedarfes des öffentlichen Interesses für Schierke und für die Region“


Zur Schaffung von Arbeitsplätzen als „wesentlicher Aspekt zur Begründung des öffentlichen Interesses wird auf S. 82 ausgeführt:


Hier wäre mindestens zu erwarten gewesen, dass eine Aussage dazu getroffen wird, wie sich im Verhältnis zu diesen – wiederum optimal und nicht konservativ gerechneten - Einnahmen die Kosten des Projekts darstellt. Im Antrag heißt es auf S. 83 aber nur:

„Diese sind den Aufwendungen gegenüberzustellen, die auf Seiten der Stadt mit der Schaffung des Ganzjahreserlebnisgebiets Winterberg/Schierke verbunden sind“(Schrae & Baltin, 2018, S. 57; sowie eigene Hervorhebungen).“

Eine Angabe zur Höhe erfolgt nicht.

Die Auskunft der Geschäftsführerin der Braunlage Tourismus GmbH muss vollständig offengelegt werden, die im Antrag zu findende Wiedergabe in eigenen Worten des Antragserstellers ist nicht hinreichend, um den Inhalt der Aussagen zu belegen. Es bleibt völlig unklar, was ein Zitat aus der Auskunft sein soll und was nicht.

Ebenso wie die RVU stellt auch der hiesige Antrag die angebliche Zusammenarbeit mit der Stadt Braunlage fehlerhaft dar.

So heißt es auf S. 93:

(...) Mittlerweile haben Gespräche der beiden Privatinvestoren haben ergeben, dass die Gemeinsamkeiten größer sind und man sich einig ist, spätestens bei Baurechtschaffung für die Schierker Anlagen konkrete gemeinsame Verträge zur Zusammenarbeit zu schließen.

Auch die touristische Wirtschaft Braunlages hat sich positiv zum Entwicklungsprojekt in Schierke artikuliert. Der Marketingausschuss der Stadt Braunlage befürwortet und unterstützt das Projekt.“

Diese Aussage wird angesichts aktueller Presseberichterstattung bezweifelt.

Auf S. 95 heißt es dann:


Diese Aussage widerspricht nicht nur den bekannten Tatsachen, sondern auch den Aussagen auf S. 93, wo es heißt, das Braunlage gerade nicht zugestimmt hat.

Nicht nachvollziehbar sind die Ausführungen zu den Schneehöhen ab S. 107 ff. So zeigt zunächst die – schlecht lesbare - Abb. 50 die Entwicklung der Schneehöhe in cm im Ortsteil Schierke und vergleichbaren Wintersportdestinationen.

Die verwendeten Daten der Wetterstationen basieren dabei auf folgenden Höhenlagen der jeweiligen Stationen:

„Feldberg/Schwarzwald 1448 m ü NN.
Brocken 1134 m ü NN.
Schmücke (alternativ für Oberhof) 937 m ü NN.
Schierke 600 m ü NN."

Der Gutachter schreibt dazu:

„Die Darstellungen in den Abbildungen verdeutlichen die natürlichen Voraussetzungen Schierkes hinsichtlich der Verfügbarkeit von natürlichen Schnee sowohl bezogen auf die Anzahl der Schneetage mit Schnee >20cm als auch im Vergleich mit anderen Wintersportdestinationen. Das zukünftige Skigebiet am Winterberg wird sich in einer Höhenlage zwischen 640m ü NN. und 900m ü NN. befinden.“
Nicht thematisiert wird, dass ausweislich S. 103 des Antrags der Geschäftsführer der Wumberschleibahn ausdrücklich darauf hingewiesen haben soll, dass die Beschneiung unterhalb von ca. 700 m üNN problematisch ist und damit das Gebiet entgegen der Planungen teilweise nicht beschneiubar sein dürfte.

Sodann schreibt der Gutachter:

„Insofern können bei einer Übertragung (Schätzung) der Werte der Messstationen Brocken (1.134 m ü NN.) und Schierke 600 m ü NN.) mit gebotener Vorsicht von Schnee höhen zwischen den Werten des Brockens und Schierkes ausgegangen werden. Das entspricht in etwa auch den Erfahrungen und Erhebungen, die in Schierke „vor Ort“ gemacht worden sind.“

Eine solche Schlussfolgerung kann man „mit gebotener Vorsicht“ bereits deshalb nicht ziehen, weil die Darstellung der Schnee höhen in Abb. 50 sehr deutlich zeigen, dass eine solche Schlussfolgerung nicht von Werten zwischen dem Brocken und den in Schierke festgestellten Werten erwartet werden kann. Gleiches gilt für die angebliche Übertragbarkeit der Anzahl der Schneetage am Brocken (I) auf Schierke (S. 110) oder die angebliche Vergleichbarkeit des Brockens mit Schierke hinsichtlich Höhenlage und Schneesicherheit (S. 120). Auf S. 120 heißt es sogar:


„Die Klimaverhältnisse des Brockens entsprechen bei einer Mitteltemperatur von 2,9°C und einer Jahresniederschlagssumme von 1 814 mm demnach einer Höhe von etwa 2 200 Meter in den Alpen bzw. dem Klima auf Island.“ (Deutscher Wetterdienst, Klima und Wetter aus einer Hand, 2014)“

Schierke ist aber nicht der Brocken, diese Ableitungen liegen neben der Sache.

Zutreffend stellt der Antrag auf S. 108 fest:

„Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch für Schierke unbestritten. Es bleibt demnach ein erhebliches unternehmerisches Risiko bezüglich der Investitionen in den Schneesport am Standort Schierke, dessen Einschätzung neben der Frage der klimatischen Entwicklung wohl auch maßgeblich von soziökmomikalen und regionalpolitischen Erwägungen abhängt.“

Diese Risiken werden in dem Antrag im Übrigen nicht weiter thematisiert.

Auf S. 111 heißt es:


„Bedingt durch die größere Meereshöhe des Harzes gegenüber den weiter westlich gelegenen Mittelgebirgen sowie einer weitgehenden Isolation gegenüber aus südwestlichen Richtungen vordringenden Luftmassen subtropischen Ursprungs bildet er in Bezug auf den Wintersport einen klimatischen Gunststandort (Maas et al. 2005). Im Zusammenspiel mit den geringen Luftpentemperaturen ergeben die hohen Niederschlagswerte eine vergleichsweise mächtige und haltende Schneedecke“ (Schneider et al. 2006).


Demnach sind im Harz grundsätzlich relativ günstige Bedingungen für die technische Schneeerzeugung zu finden. Bei hohen Windgeschwindigkeiten ist die Beschneiung jedoch aufgrund der Verbläsung an den technischen Schnee-Erzeugern nur eingeschränkt möglich“ (Schneider et al. 2006).

Abgesehen davon, dass hier erneut ohne erkennbaren Zusammenhang Aussagen aus diversen Quellen zusammengesetzt wurden, ohne dass immer ganz klar ist, wo ein Zitat endet und eigene Worte des Autors des Antrags beginnen, ist zu bemerken, dass Tage mit hohen Windgeschwindigkeiten nicht ermittelt wurden. Die angesprochene Prognose gilt für 2 Jahrzehnte, reicht also nur bis 2025, und liefert damit keine Betrachtung der hier interessierenden Zeiträume bis mindestens 2040.

Die Aussagen zum Klimawandel zu kommentieren, erscheint wenig zielführend. Auf S. 112 heißt es:

„Selbst die pessimistischsten Szenarien des IPCC gehen für die kommenden 30 Jahre nicht davon aus, dass ein Winter wie der von 2006/07 zum Regelfall wird. Insofern ist es höchst wahr- scheinlich, dass die gesetzten Ziele erreicht werden können, zumal die geplante Beschneiungsanlage sehr leistungsfähig ist. Aus Montenius Consult; Beschneiungsanlage Wurmberg, Gutachten zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung des Projekts im Hinblick auf die Befreiung aus dem Wasserschutzgebiet; Köln, 2011“


Die Aussage auf S. 113:


wird deshalb bestritten.

Auf S. 118 findet sich eine Abb. 54 zur Entwicklung der mittleren Lufttemperatur im Ortsteil Schierke und weiteren Mittelgebirgen, Deutschlands Saison 2017/18. Dazu fehlt jede Auswertung, es bleibt vollkommen unklar, was aus den Angaben folgen soll.

Entgegen der Ansicht des Antrags geben die Fortschreibungen der Anpassungsstrategie an den Klimawandel der Landesregierung Sachsen-Anhalt 2013 und im Entwurf 2018 zugunsten der künstlichen Beschneiung im Harz nichts her. In der Anpassungsstrategie in der Fassung 2018, S. 85 heißt es dazu:

„Für den Tourismus im Harz sollten in den nächsten Jahren vermehrt ganzjahrestaugliche touristische Angebote (thematisch und infrastrukturell) in der Reiseregion geschaffen werden. Im Rahmen des Masterplans Harz 2015 wurde dieser Aspekt bereits herausgearbeitet, um die Abhängigkeit des Harzes von der Saisonalität zu mindern und um den Gästen im Winter auch alternative Angebote zu bieten, wenn die Schneemengen für ein Wintersportangebot nicht ausreichen.“

Von Beschneiung ist hier keine Rede.

Die Zitate auf S. 121 zur ganzjährigen Ausrichtung der Angebotsstrukturen im Harz betreffen offenkundig bereits getätigte Investitionen und bereits bestehende Anlagen

Auf S. 123 heißt es:

„Für einen Hektar beschneiter Pistenfläche (30 cm Schneehöhe) werden ca. 20 000 kWh Energie verbraucht. Ein durchschnittlicher 4-Personen-Haushalt verbraucht ca. 4000 kWh pro Jahr, also nur ein Fünftel. In der Regel wird nachts beschneit, wenn die Temperaturen niedriger als am Tag sind. Dann steht der billigere Nachtsstrom zur Verfügung, der auch von manchen anderer energieintensiven industriellen Prozessen eingesetzt wird. Einige Skigebiete beziehen mittlerweile aus erneuerbaren Energiequellen, wie Wind oder Sonne, einen Teil ihres Strombedarfs. (Quelle: DSV – Webseite, Fragen zu Ski & Umwelt)“

Hierbei handelt es sich ebenso um einen sachfremden Vergleich, wie bei der Tabelle 16 zum Vergleich des Energiebedarfs der Schnee-Anlage Wurmberg mit alternativen Freizeit- und Tourismusinfrastrukturen.

Im Folgenden stellt der Gutachter zwar dar, dass bezogen auf eine Skipiste, die z. B. 30 Meter breit und 400 Meter lang ist, zu einer rein technischen Beschneiung mit 30 cm Schneehöhe ca. 1.000.000 Liter Wasser notwendig wären. Er erklärt aber nicht, wieviel für die Gesamtbeschneiung in Schierke benötigt wird.

Auf S. 124 wird ausgeführt:

„Die Finanzierung des Vorhabens ist auf zehn Jahre angelegt. Ein Zeitraum, für den selbst Kritiker noch weiterhin geeignete Temperaturen für die Beschneiung konstatierten. Sollten in der Folge durch eine Erwärmung des Klimas nicht mehr die der Wirtschaftlichkeitsberechnung zu Grunde liegenden 110 Tage Skibetrieb erreicht werden können, würde dies für das Unternehmen keine wirtschaftlichen Probleme bedeuten. Die weiterhin anfallenden Betriebskosten der Beschneiung würden über die resultierenden Erlöse auch weiterhin zu decken, denn Betrieb

Diese Ausführungen sind besonders deshalb bemerkenswert, weil die Finanzierung der Anlage auf zehn Jahre angelegt ist und sich die Anlage für den Betreiber bereits nach einem Zeitraum von 10 Jahren rechnen soll. Dass gleichwohl jegliche Form von Alternativen mit Verweis auf angeblich unzumutbare wirtschaftliche Mehraufwendungen abgelehnt wurden, zeigt das vorliegend vor allem privatnützige und nicht in erster Linie öffentliche Interessen im Vordergrund stehen.


Die Aussage auf S. 127:

„Die Daten des Deutschen Wetterdienstes für Schierke (600 m ü NN.) (Temperatur, Schnee höhe >20cm, Anzahl der Eistage) lassen keinen Schluss zu, dass technische Beschneiung nicht wirksam eingesetzt werden kann.

* Durch Beschneiung sind sowohl im Bereich des Wurmbergs als auch am Sonnenberg (Skilanglauf) erforderliche Bedingungen für eine wirtschaftliche bzw. strukturierte sportliche Nutzung geschaffen worden.

* Hinsichtlich der Prognose für negative Auswirkungen der Klimaerwärmung auf den Schneetourismus in Schierke konnten keine weiteren belastbaren Aussagen ermittelt werden.

Die durch WettReg 2010 ermittelten Szenarien lassen Investitionen in den Schneetourismus in Schierke zumindest für die nächsten 20 – 30 Jahre als möglich erscheinen."

greift auf nicht näher nachvollziehbare, aber offenkundig wissenschaftlich überholte Quellen zurück.


III. Zusammenfassung

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass auf Grundlage des vorliegenden Antrags keine Zielabweichung gewährt werden kann, da die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen nicht vorliegen. Der Antrag stützt sich auf bezogen auf das Vorliegen eines öffentlichen Interesses sowie zukünftiger Entwicklungen auf fehlerhafte Annahmen, die nicht geeignet sind, eine Zielabweichung zu tragen.

D. Fazit


Wir bitten darum, uns über den Zeitpunkt und Ablauf des Erörterungstermins bereits mindestens 6 Wochen im Voraus zu unterrichten. Weiter bitten wir darum, im Erörterungstermin

- Tische für die Einwender*innen vorzusehen, um die umfangreichen Unterlagen handhaben zu können,
- Mikrofone an den Plätze vorzusehen
- und ein Wortprotokoll zu führen.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und der Hinweise zum Erörterungstermin bedanken wir uns bereits jetzt.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]

Inga Niederhausen

LabüN GbR